

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Eberhard Lämmert

Über die
öffentliche Verantwortung
des Schriftstellers

Martin Doehlemann

Zur gesellschaftlichen Rolle
des heutigen Schriftstellers

Ulrich Gaier

Sprache in politischer Rede

B 9/71

27. Februar 1971

Eberhard Lämmert, Dr. phil., geb. 1924 in Bonn, Ordinarius für Deutsche Philologie und Allgemeine Literaturwissenschaft an der Universität Heidelberg; Gastprofessuren in Aarhus (Dänemark) und Princeton (USA); seit einer Reihe von Jahren u. a. in Gremien der Westdeutschen Rektorenkonferenz und des Wissenschaftsrates maßgeblich an einer Reform der philologischen Studiengänge beteiligt.

Veröffentlichungen u. a.: Bauformen des Erzählens, 1955, 1970⁴; Reimsprecherkunst im Spätmittelalter, 1970; (Hrsg.), Wilhelm Scherer — Erich Schmidt, Briefwechsel, 1963; (Hrsg.), Friedrich v. Blanckenburg, Versuch über den Roman, 1965; Zur Eröffnung einer Diskussion über Fragen des germanistischen Studiums, in: Bildung und Erziehung, 1964; Germanistik — eine deutsche Wissenschaft, in dem gleichnamigen Band der edition suhrkamp, 1967, 1969⁴; Das Ende der Germanistik und ihre Zukunft, in: Ansichten einer neuen Germanistik, 1969, 1970⁴; Ein neues Konzept für das Studium der deutschen Sprache und Literatur, 1971; Aufsätze zur Literaturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts; Mitherausgeber des Jahrbuchs für Internationale Germanistik.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Martin Doehlemann, M. A., geb. 1941, Soziologe und wissenschaftlicher Angestellter an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg.

Veröffentlichungen (neben Aufsätzen in verschiedenen Zeitschriften): Junge Schriftsteller: Wegbereiter einer antiautoritären Gesellschaft?, Opladen 1970; zusammen mit Georg Auernheimer: Mitbestimmung in der Schule, München, erscheint Mitte 1971.

Ulrich Gaier, Dr. phil., o. Professor für deutsche Literatur im Fachbereich Literaturwissenschaft der Universität Konstanz; geb. 1935, Studium in Tübingen und Paris, 1960/61 Lektor in Swansea/Wales; 1961 Promotion in Tübingen; 1963 Assistent am Leibniz Kolleg der Universität Tübingen; 1963—67 Assistent- und Associate-Professor an der University of California/Davis; 1966 Habilitation in Tübingen; 1967/68 Universitätsdozent in Tübingen; seit 1968 an der Universität in Konstanz.

Veröffentlichungen: Der gesetzliche Kalkül. Hölderlins Dichtungslehre, Tübingen 1962; Studien zu Sebastian Brants „Narrenschiff“, Tübingen 1966; Satire. Studien zu Neidhart, Wittenwiler, Brant und zur satirischen Schreibart, Tübingen 1967; Krumme Regel. Novalis' „Konstruktionslehre des schaffenden Geistes“ und ihre Tradition, Tübingen 1970; mehrere Aufsätze in literaturwissenschaftlichen Zeitschriften und Sammelwerken.

Über die öffentliche Verantwortung des Schriftstellers

I.

Wer sich heute über die Freiheiten und über die Pflichten der Schriftsteller eine Meinung bilden will, der kann sich weder über einen Mangel an subversiver Ermunterung noch über einen Mangel an öffentlicher und an offizieller Hilfestellung beklagen. Ihm offerieren sich die politischen Spalten der Tageszeitungen, in denen von der Reglementierung widerspenstiger Literaten berichtet, und die Feuilletonseiten, in denen dieselbe bewußtseinsbildende Widerspenstigkeit gerühmt, ja gefordert wird. Literarische Zeitschriften lassen ihn teilhaben am zukunftsfrohen Leichenschmaus, mit dem die Zunftgenossen selbst die jeweilige Beerdigung kulinarischer Literatur begehen. Literaturpreise und Stiftungen schärfen ihm den Sinn für die öffentliche Würde, und Parlamentsfragen und Interviews nähren seine Ahnung von der Gefahr schriftstellerischer Tätigkeit. Kongresse und Verbandsgründungen der Schriftsteller wiederum beleben in kurzen Abständen sein Gefühl für die Unersetzlichkeit des freien Schriftstellerwortes, und Gerichtsurteile belehren ihn eines besseren.

Die Hartnäckigkeit, mit der die Schriftsteller selbst ihr Berufsethos zur Rede stellen, und die Gereiztheit, mit der es öffentlich verhandelt wird, steht in auffälligem Gegensatz zu dem geringen Gewicht der Schriftsteller als einer sozialen Interessengruppe. Tatsächlich sind die sozialen Belange der Schriftsteller kaum geeignet, die Öffentlichkeit nachhaltig zu beunruhigen. Auch würde es wohl niemandem einfallen zu behaupten, daß das Brutto-sozialprodukt unserer Bevölkerung oder die sogenannte Lohn-Preis-Spirale vom Wohl oder Wehe unserer Schriftsteller merklich beeinflußbar sei. Was also steht auf dem Spiel, wenn Schriftsteller von ihrem Recht, zu schreiben was ihnen gefällt oder nötig dünkt, uneingeschränkt Gebrauch machen? Und was — um dieselbe Frage krasser, wenngleich hypothetisch zu stellen — was stünde auf dem Spiel, wenn sie einmal allesamt streikten? Wäre es nötig, sie wie die Ärzte, die Eisenbahner, die Bergleute mit Zugeständnissen oder mit Gesetzen zu baldiger Wiederaufnahme ihrer Arbeit zu nötigen?

Tatsächlich klingen die Fragen nur deshalb so befremdlich, weil auf allen Seiten die Unsicherheit über die Rolle und die Tragweite schriftstellerischer Tätigkeit gleich verbreitet ist. Eine Fülle von krassen Über- und Unterschätzungen dieser Tätigkeit leiten sich aus dieser Unsicherheit her, und ich will gleich sagen, daß es sich dabei nicht um einen naturgegebenen, sondern um einen historisch eingrenzbaaren, mithin auch überwindbaren Sachverhalt handelt.

Zunächst in drei Sätzen drei Beispiele aus den sechziger Jahren, die den Sachverhalt kenntlich machen. Als vor der Bundestagswahl 1965 etwa zwanzig Schriftsteller eine Rowohlt-Broschüre mit Alternativvorschlägen zur damaligen Regierungskoalition vorlegten, erfuhren nicht nur die einzelnen Autoren die im Wahlkampf legitime unverblümete Kritik, es wurde darüber hinaus dem ganzen Berufsstand mit einer Heftigkeit, die keinem anderen entfernt zuteil wurde, die Unzulänglichkeit bescheinigt, in so ernsten Dingen wie der Politik öffentlich mitzureden. — Schriftsteller und

Martin Doehlemann

Zur gesellschaftlichen Rolle des heutigen Schriftstellers S. 15

Ulrich Gaier

Sprache in politischer Rede S. 21

Schriftstellerverbände, die sich im Konflikt zwischen Prag und Moskau zu Wort meldeten, wurden nicht nur in aller Welt aufmerksam gehört, sie wurden auch in Moskau und zu gegebener Zeit in Prag auffallend rasch und streng zur Verantwortung gezogen. — Für die Aufsässigkeit der Jugend wie für die Rassenkonflikte in den USA werden Schriftsteller wie Allan Ginsberg und Susan Sontag seit Jahren mitverantwortlich gemacht. Gleichwohl

brachte ein Kongreß deutscher und amerikanischer Schriftsteller in Princeton im Jahre 1966, mit Ginsberg und Sontag, nur karge und ziemlich ratlose Antworten auf die Frage zustande, welche Rolle denn dem Schriftsteller in der Gesellschaft zukäme, und die ehrlichste Antwort kam damals am Ende von Günter Grass, der die schreibenden Hofnarren so gut wie die Gesinnungsprotestler, von denen jeder seinen eigenen Marx liest, als überlebte Klischees des Schriftstelleramtes abtat.

II.

Mit der Bildungsemanzipation des europäischen Bürgertums, die der Französischen Revolution voraufging, vergrößerten sich der Aufgabenbereich und zugleich die Verbreitungschancen der sogenannten schönen Literatur in einem bisher nicht gekannten Maße. Die Schulen vermochten weder mit ihrem Lehrsystem noch mit ihrer Kapazität dem neuen Bildungsbegehren gerecht zu werden. Desto stärker wuchs das Bedürfnis nach Selbstunterricht durch Lektüre, in Lesezirkeln und nicht zuletzt durch die Schaubühne. Zwar war die Erkenntnis nicht neu, daß es unorthodoxer und gefälliger Vermittlungsformen bedürfe, um abseits von regulärer Schuldidaktik Bildung zu verbreiten; aber die Entdeckung, daß alle Bildung, elementare wie anspruchsvollste, über Sinneseindrücke und sublimen Sinnenreiz wirksamer zu vermitteln sei, als durch Traktat- und Paragraphenlehre, dankte man erst der zeitgenössischen sensualistischen Pädagogik und Psychologie. So konnte die Schaubühne zur Bildungsinstanz ersten Ranges, konnte die verachtete Liebesgeschichte zum Bildungsroman, konnte das Lied sogar zu einem religiösen Erweckungsinstrument werden, das noch dem Katechismus überlegen war. Man tut gut, sich diesen eminent didaktischen Impuls, der in Europa und speziell in Deutschland mit seinen höchst unterschiedlichen Bildungseinrichtungen die „Kunstepoche“ heraufführte, vor Augen zu halten, wenn man sich anschickt, das Sendungsbewußtsein und auch den Nimbus zu analysieren, mit dem schon seit dem Sturm und Drang die Dichter sich und das Bürgertum den Dichter umgaben.

Zu den Erscheinungsformen dieser Bildungsbewegung des 18. Jahrhunderts gehört die rapide Ausweitung des Büchermarktes, und die schöne Literatur profitierte davon aus den geschilderten Gründen in doppelter Weise: Einmal entband der weitere und bald anonyme Leserkreis den Schriftsteller allmählich von festen Auftraggebern, also von geistlichen und

Die aktuellen Konflikte der Schriftsteller in ihrer Umwelt, aber auch der Meinungsstreit und die mangelnde Sicherheit der Schriftsteller selbst bei der Abwägung ihrer gesellschaftlichen Rolle treten in verschiedenen Gesellschaftssystemen zwar in verschiedenen Formen, aber mit der gleichen Regelmäßigkeit auf. Deshalb wird es gut sein, sich auf ihre gemeinsame Genese zu besinnen, ehe wir gegenwärtige Ansätze zu ihrer Überwindung ins Auge fassen und deren Chancen abschätzen.

weltlichen Gönnern. Er konnte unabhängig schreiben, was er zu sagen und zu dichten nötig fand. Zum anderen stieg — das läßt sich an den Meßkatalogen wie an Jahresringen ablesen — der Anteil der poetischen und der Romanliteratur am insgesamt erweiterten Buchmarkt schon bald nach der Jahrhundertmitte in ebendem Maß, in dem der Anteil an geistlichen Traktaten und Erbauungsbüchern sich minderte.

Die Poesie trat sichtbar genug ihre Herrschaft an, und schneller noch als auf dem Markt und in den Bürgerhäusern tat sie es in den vorausgreifenden Träumen der Dichter selbst. Doppelt begünstigt durch die Übereignung einer weltlichen und bald auch parageistlichen Bildungshoheit, nahmen sie neuerlich Maß an Dichterheroen und an mythischen Menschheitserweckern der Vorzeit, an Pindar, an Prometheus und bald auch, und bis in den Expressionismus des 20. Jahrhunderts, an Christus. Rascher und nachhaltiger als das Bürgertum insgesamt reklamierten die Dichter deshalb auch für sich das Recht auf uneingeschränkte Eigenverantwortung für ihre Tätigkeit, und sie taten das im Namen einer selbstgeschaffenen neuen Kunstreligion, die ihnen den Rang des unmittelbaren Wahrheitserschöpfers und -verkünders einräumte. „Der echte Dichter ist allwissend, er ist eine wirkliche Welt im kleinen“, so Novalis; „Jeder Roman ist mehr oder weniger eine religiöse Schrift“, so Friedrich Schlegel; „Was aber bleibt, stiften die Dichter“, so Hölderlin; und dieses starke Generationenerlebnis der Dichter um 1800 hat in der Folge nicht nur die Bildungsgeschichte mitbestimmt, sondern auch den eingangs beschriebenen Konflikt zwischen den Dichtern und ihrer Umwelt sehr rasch hervorgebracht.

Schon von 1800 an suchen die Dichter nicht mehr einen bürgerlichen Beruf, sondern allenfalls ein Asyl in einer profanen Tätigkeit. Kleist beispielsweise flieht jeden festen Be-

ruf in der Furcht, sein Dichteramts, das Ungebundenheit voraussetzt, zu verraten. Die Überzeugung, mit der selbstgeschöpften freien Poesie der Wahrheit näherzukommen als alle hergebrachten Obrigkeiten, bringt den Dichter bald und notwendig in Konflikt mit allen gewichtigen Instanzen des sozialen Lebens: Mit der Kirche, mit dem Staat, mit der bürgerlichen Gesellschaft selbst. Er wird — das ist zugleich der Gewinn und der Preis seiner doppelt beschleunigten Emanzipation — zum Gesellschaftskritiker par excellence, insbesondere zum leidenschaftlichen Kritiker des Bürgertums, das ihn vordem aus seinen speziellen Auftragspflichten löste, ihm aber hernach kein Amt einrichten konnte, das seinem neuen Anspruch entsprach: nämlich ein exterritoriales außerhalb der noch geltenden Obrigkeiten so gut wie außerhalb der ihn nun mehr und mehr beleidigenden Marktzwänge.

Die besonderen Stimulanzien der Produktivität, aber auch die Krisen, Katastrophen und Fluchtreaktionen, die sich aus der Diskrepanz zwischen der so erhöhten Verantwortung für alle menschlichen Belange und der mangelnden sozialen Sicherung der Schriftstellertätigkeit ergeben, sind sämtlich schon an der ersten Dichtergeneration des 19. Jahrhunderts zu studieren. Die mit hohem Kunstverstand sublimierte Kritik aller gegenwärtigen Gesellschaftszustände, mit der Friedrich Schlegel, Brentano, E. T. A. Hoffmann und selbst der junge Eichendorff aufwarten, ist nicht schon mit sozialem oder politischem Engagement zu verwechseln. Sie ist die Kehrseite einer Selbstverpflichtung zur Unabhängigkeit, zur Autonomie der Kunst, die als die Vorbedingung ihrer Wahrhaftigkeit erscheint. So ist auch die Sozialkritik der großen Konservativen Balzac, Flaubert, Dostojewski nicht weniger scharfsichtig als die der Saint-Simonisten, der Jungdeutschen und später der Zolaschüler. Noch Heinrich Mann erhöht in seinem Zola-Aufsatz den Autor von „J'accuse“ zu einem Caesar und Napoleon, mit denen sich gleichermaßen Balzac verglichen hatte, und vom fürstlichen Amte des Dichters redet der Ironiker Thomas Mann noch so ernsthaft wie Novalis seinen Jüngling im „Ofterdingen“ reden läßt.

Regelhaft und nicht schon einer bestimmten politischen Entscheidung entspringen aus dem Einsamkeitserlebnis des souveränen Poeten die jähren Umschläge in ein leidenschaftliches Engagement an religiöse und politische Utopien. Sie eröffnen gerade demjenigen, bei dem die erwirkte Bindungslosigkeit in den Zweifel umschlägt, im Bannkreis der eigenen Vorstellungswelt nunmehr sein eigener Zuhörer zu bleiben, die Aussicht, das Organ ge-

meinsamer Hoffnungen und Verheißungen zu werden und so einen Resonanzraum unter Gleichsinnigen zu gewinnen, der zugleich den Wahrheitsgehalt seiner Poesie auch sozial bestätigt. So zieht es den selbtherrlichen Lord Byron nach Griechenland, um dort der Stimmführer eines sich befreienden Volkes, ja ganzer Völker zu werden. So erhebt noch der junge Rubiner 1917 den Literaten zum Führer einer proletarisch geeinten, zu neuem Anfang erwachten Menschheit.

Ich sagte, daß derlei regelhafter Umschlag in soziales Engagement nicht schon im engeren Sinne politisch motiviert sein muß. Die Probe darauf läßt sich gerade bei Dichtern machen, die sich revolutionsverheißenden politischen Bewegungen anschließen oder verschreiben. Stellt sich in Zeiten, die einen nahen Umbruch erhoffen lassen, zwischen ihnen und den politischen Vorkämpfern der Befreiung ein enges Bündnis her, dem der Schreibende seine Feder als womöglich mächtige Waffe ganz übereignet, so zerfällt alsbald die Gemeinsamkeit des revolutionsbegeisterten Künstlers mit den Revolutionären — das zeigt sich bei Heinrich Heine so gut wie bei Toller oder Majakowski —, wenn die Revolution praktisch wird und die Utopie sich in der Praxis verunreinigt. Was für die sozialistischen Revolutionen gilt, zeigt sich analog schon während der Nationalbewegung der Freiheitskriege.

Derselbe Kleist, der zuerst nichts sein will als der einsam gekrönte Dichter, schenkt 1808 unvermittelt und nachgerade aufdringlich seine „Hermannsschlacht“ allen Deutschen, um sie nach dem Muster des spanischen Guerrillakrieges anzuweisen, wie man den Haß auf den Feind im eigenen Lande schürt, und seine Germania-Ode gibt die Tonart an für die Blut- und Todestrunkenheit der jungen Freiheitskämpfer. Derselbe Kleist aber verschwindet nach der Schlacht von Wagram von der politischen Bühne und sucht hernach verzweifelt neue Wege der Selbstbestätigung weitab von politischer Agitation.

Peter Weiss, der noch vor fünfzehn Jahren die Sprache als seinen einzigen Fluchtpunkt und als das leichteste Gepäck des Einsamen ausgab, proklamiert zehn Jahre später den Partisanenkampf des Schriftstellers in der kapitalistischen Gesellschaft und schreibt Agitationsstücke, die seine Zuschauer nicht nur zur Kritik, sondern zur gesellschaftsverändernden Aktion mitreißen sollen. Aber er bleibt gleichwohl zwischen Ost und West ein Dichter ohne Land, und seine Absage an den Genossenschaftsverlag der Theaterautoren liest sich wie eine Absage des Weltbewegers an die Handlanger der Weltveränderung.

III.

Ich habe eine Leitlinie des Schriftstellerkonfliktes zwischen Autonomie und leidenschaftlichem sozialen Engagement über anderthalb Jahrhunderte ausgezogen, ohne zunächst die Verschärfungen zu kennzeichnen, die dieser Konflikt in seinen späteren Stadien notwendig erfahren hat.

Wer von den revolutionären Schriftstellern der späten zwanziger oder gar der späten sechziger Jahre unseres Jahrhunderts gäbe es noch zu, daß seine Texte nicht Mittel zu einem anderen Zweck seien, sondern ihre Ziele in sich hätten, wie es Marx 1842 schrieb? Marx konnte dort den Schriftsteller noch dem religiösen Prediger vergleichen, weil erst gegen Ende des Jahrhunderts der repräsentative Wahrheitsanspruch der Dichtung in eine neue und seither fortdauernde Krisis geriet.

Diese Krisis stellte sich ein mit dem Schwund des Bildungsvorsprungs zwischen den Künstlern und anderen Schichten der bürgerlichen Gesellschaft. Zuerst die Naturwissenschaften, hernach die empirische Psychologie ließen gerade bei den gewissenhaftesten Künstlern schon vor 1900 Zweifel aufkommen an dem unmittelbaren Wahrheitsanspruch der selbstgeschaffenen Texte. Andere Medien mit rascherem Nachrichtenfluß nahmen ihnen überdies im Lauf des 20. Jahrhunderts die Funktion der Informationsvermittlung, die noch in der Beschreibungskunst des Naturalismus letzte Triumphe feierte, nahezu völlig ab. Damit aber mußte sich das Problem der Verantwortlichkeit des Autors gegenüber seinen Hörern und Lesern neu und anspruchsvoller als zuvor stellen, zumal der Glaube an das gültige Dichterwort in den Schulen weiter gelehrt und von Lesern aller Bildungsschichten willig weiter gepflegt wurde. Ein neuer Konflikt zwischen dem Bürgertum und den Schriftstellern bahnte sich an, aber nun einer mit gewissermaßen verkehrten Fronten: Gerade das *gebildete Bürgertum*, dasjenige nämlich, das in Schulen und Universitäten, durch die subventionierten Theater und die Dichterdenkmäler in den öffentlichen Anlagen zur Hinnahe des Dichterwortes noch erzogen worden war, hielt eigensinnig genug an der „Kunstepoche“ fest. Es brachte nicht nur einen förmlichen Poesiekult hervor, mit dem es *seine* Privilegien nunmehr ebenso verteidigte, wie seinerzeit die Dichter mit der Poesie die ihren, es öffnete sich auch williger als je zuvor den Reizen einer poetischen Sozialromantik und einer poetischen Politik, wie seinerzeit und heute noch mitunter die Schriftsteller selbst.

Eine neue Bewegung, den Dichter-Nimbus abzustreifen, bemächtigte sich deshalb gerade der verantwortungsbewußten Autoren, und der Streit, der in der Preußischen Akademie Ende der zwanziger Jahre um den Namen einer Sektion für *Dichtkunst* oder *Literatur* ausgetragen wurde, zeigte bereits die kulturellen so gut wie die politischen Konsequenzen des neuen Konfliktes an. Diejenige Gruppe, die eine Abstandnahme von der mythischen Führerrolle forderte, wie sie etwa Kolbenheyer dem Dichter zumaß, und die statt dessen für eine an den Zeitbedürfnissen und auch an der Weimarer Verfassung orientierte republikanische Organisation aller literarisch Tätigen eintrat — also auch der Essayisten, der Kritiker und der publizistischen Tagesschriftsteller — diese Gruppe gewann zwar in der ersten Runde des Streites, 1929, noch die Oberhand; aber die Umbenennung der Sektion kam schon nicht mehr zustande. Und den Schriftstellern, die dort in Erkenntnis der zeitgeschichtlichen Erfordernisse gegen die offenkundigen Dichter ihre Stimme erhoben: Heinrich und Thomas Mann, Döblin und Wassermann gegen Kolbenheyer, Schäfer und später Blunck, entzog die deutsche Öffentlichkeit alsbald ihre Sympathie und bald auch ihr Recht, in Deutschland zu schreiben.

Die verkehrte Front, in die nun in Deutschland, aber keineswegs nur hier, die Schriftsteller gegenüber einer dichtungshörigen Öffentlichkeit geraten waren, zwang sie in eine sehr heikle Lage: Gerade die gewissenhaften Stücke- und Romanschreiber mußten in Rücksicht auf mittlerweile exaktere Methoden der Wahrheitsermittlung oder auch der Erkenntniskritik ihren Hörern und Lesern die Illusion einer sicheren Vermittlung von Wahrheiten durch einen poetischen Text entziehen; damit aber mußten sie notwendig zugleich am Ast der Kunst sägen, auf dem sie hoch über der Menge ihres Publikums saßen. Wohlgemerkt gilt das zunächst sowohl für diejenigen, die sich der Wissenschaftlichkeit des dialektischen Materialismus verschreiben, als auch für die politisch anders orientierten Erkenntnistheoretiker, die Ernst mit dem zeitgeborenen Erkenntnisstand machten: für Musil etwa und für Broch und neuerdings für eine Reihe der mit der Mengentheorie experimentierenden Konkretisten. Während die Öffentlichkeit ihnen noch Kunst abfordert, besteht ihre Kunst gerade darin, schreibend das überholte Be-

wußtsein vom Bildungsprivileg einer bestimmten Kunst zu verändern.

Es hat sich gezeigt, daß die Krisis der schönen Literatur keineswegs wie ein unverhoffter Schicksalsschlag über die kunstliebende Bevölkerung komfortabler Länder hereingebrochen ist, sondern daß diese Bevölkerung mit Eifer und Beharrlichkeit, nicht weniger aber auch die Schriftsteller selbst in zunehmend selbstkritischer Verantwortung, diese Krisis herbeigeführt haben.

Die Sache steht nun so, daß vielfach gerade die auf herkömmliche Bildungsvorstellungen eingeschworenen Schichten der mitteleuropä-

ischen Länder — in Krakau übrigens genau so wie in Köln oder in Leipzig, in Linz oder Lyon — die Kunst gegen die abtrünnigen Schriftsteller verteidigen, während deren fortdauernde Unsicherheit über ihre Rolle in der Gesellschaft sich in der „ZEIT“ oder im „Kursbuch“ periodisch in immer verbisseneren, gleichwohl aber literarisch anmutigen Nekrologen auf die schöne Literatur äußert. Fest steht allerdings, daß auch eine solche Frontstellung noch indirekt bedingt ist, ja sich nur erhalten kann durch die relative Autonomie gegenüber der Gesellschaft, die die Schriftsteller seit zwei Jahrhunderten errangen und verteidigten.

IV.

Neben den historischen Gründen, die für die Verschärfungen und Umkehrungen des Konflikts zwischen den Schriftstellern und der sie umgebenden Gesellschaft in den letzten zwei Jahrhunderten verantwortlich sind, muß noch ein zweiter, weniger zeitgebundener als vielmehr berufsspezifischer Umstand bedacht werden, ehe ein Urteil über die heutigen Kompetenzen der Schriftsteller und damit über ihre öffentliche Verantwortung herbeigeführt werden kann. Es handelt sich um ihre womöglich prinzipiell beschränkte Verantwortlichkeit.

Sie resultiert aus einer besonderen Eigenschaft ihrer literarischen Produkte, nämlich aus der Uneigentlichkeit aller poetischen Sprache im Vergleich zu anderen Sprachäußerungen. Gleichviel ob ein Autor in einen fiktiven Vorgang oder in Bilder überträgt, was er *eigentlich* zu sagen meint oder ob er nichts weiter als eben fiktive Vorgänge oder Bilder zu produzieren trachtet — stets gibt er seinen Lesern einen Spielraum für Assoziationen und Auslegungen frei, der prinzipiell größer und unbestimmter, dafür aber auch strenger an den jeweiligen Einbildungshorizont des Lesers gebunden ist als der Auslegungsspielraum, den Texte mit konkretem Mitteilung-, Meinungs- oder gar Vorschrifteninhalt gewähren. Zielen Texte der letzteren Art tendenziell auf ein möglichst eindeutiges Verständnis ihres Inhalts, so bezwecken poetische Texte nicht selten gerade das Gegenteil, und darin liegt nicht zuletzt der Grund für ihre größere Resistenz gegenüber einer bloß aktuellen und historisch übergänglichen Verwertbarkeit. Wer die Wirkungsgeschichte von „Meisterwerken“ studiert, kann häufig genug einen direkten Zusammenhang feststellen zwischen ihrer reichen, vielbezüglichen Auslegbarkeit und der Dauer ihrer Wertschätzung. Das, was schon Platon die Lügenhaftigkeit der Dichter nannte und was

noch heute den Spielcharakter auch des ernstesten Gedichtes oder Prosaromans ausmacht: die prinzipielle Mehrdeutigkeit poetischer Bilder und fiktiver Vorgänge, schafft eine zweite Aura der möglichen Anspielungen neben der greifbaren Eindeutigkeit benannter Tatsachen und Ansichten. Diese Aura hat sich erst voll entgrenzt, seit weder eine Moralklausel noch ein durchsichtiger allegorischer Bezug wenigstens die Hauptbedeutung eines poetischen Textes einigermaßen dingfest macht. Als Fritz Teufel in seinem Flugblattprozeß von einem Gutachter gefragt wurde, ob ein Schlußschnörkel auf dem Flugblatt 9 als Träne oder als Blutstropfen aufzufassen sei, vermied er in seiner Antwort jede Festlegung. Derlei Ambivalenzen haben seinen Freispruch mit größerer Sicherheit herbeigeführt als alle Plädoyers über seinen womöglich guten satirischen Absichten.

Immer schon ist die Vieldeutigkeit der uneigentlichen, poetischen Sprache dazu genutzt worden, strikter Zensur oder unmittelbarer Verfolgung durch drakonische politische Regime zu entgehen. Verschanzt hinter einen reisenden Schiffsarzt „Gulliver“ konnte Swift an „several remote nations“ unter einer phantastischen Perspektive die unseligen Zustände glossieren, die er daheim im Auge hatte. Montesquieu ließ wohlbedacht zwei vornehme Ausländer in dem fiktiven Arrangement der „Lettres persanes“ eine Kritik an Hof und Kirche Frankreichs führen, die direkt geübt wohl schärfere Maßregelung nach sich gezogen hätte als die Interventionen des Kardinals Fleury gegen seine Aufnahme in die Akademie. Noch angesichts eines publizistisch kaum mehr durchbrechbaren Meinungsterrors konnte die „Neue Rundschau“ im Jahr der Olympiade 1936 durch den kommentarlosen Abdruck einer Pindar-Ode die derzeitige Perversion der

olympischen Spiele zu einer nationalsozialistischen Machtdemonstration charakterisieren, zu der Goebbels die entsprechenden Presseanweisungen ausdrücklich hatte ergehen lassen.

Auch zum Zwecke der Selbsterhöhung und der Mystifikation des Dichterstandes ist indessen der schwer eingrenzbar Symbolwert poetischer Ausdrucksformen zu Zeiten ein willkommenes Instrument. In dem Maße, in dem die Verschlüsselung der Aussage zum positiven Qualitätsmerkmal wird und die Metapher sich schließlich selbst als die zu akzeptierende Substanz anbietet, können Scharlatanerie und meisterlicher Eigensinn einander täuschend ähnlich werden; unter dem Schutz weniger Ernstmeinender können dann Tiefsinn-Erschleicher in beträchtlicher Zahl vom Nimbus des poeta doctus zehren. Der zunehmende Geschmackswert, den in den letzten beiden Jahrhunderten die mysteriöse Vieldeutigkeit vorab in der Lyrik, schließlich aber auch in den „pragmatischen“ Erzähl- und Bühnengattungen erhalten hat, macht heute die Öffentlichkeit um so eher geneigt, selbst noch den Hermetiker als einen womöglich exotisch interessanten Grenzfall des Verkünderpoeten gewähren zu lassen.

Desto gereizter reagiert diese auf den hohen Wahrheitsgehalt einer mysteriösen oder gar

unverständlichen Dichtersprache vertrauende Öffentlichkeit jedoch, wenn derselbe Autor, von dem sie kunstschön verhüllte Offenbarungen letzter Lebensgeheimnisse verlangt, sich unterfängt, direkt, nicht in poetischer Verschleierung und Verallgemeinerung, zu raten, zu mahnen, zu kritisieren — mit einem Wort: wenn er sich anschickt, in politischen Angelegenheiten unverblümt mitzureden. Man mißt ihm zwar eine hohe Verantwortung für die Verwaltung der letzten Dinge als Pflicht zu, aber man begehrt auf, wenn er in direkter Meinungsäußerung mit dieser Pflicht ernst macht und in ersten und wichtigsten Angelegenheiten der unmittelbaren Gegenwart offen Partei nimmt. Auch heute noch, weit jenseits des schreibenden Hofnarren, den Grass in Princeton in die Vergangenheit abschob, erweist sich die vermeintlich eingeräumte und beschützte Freiheit des Schriftstellers nicht selten als eine Narrenfreiheit, die spätestens an der Grenze der poetischen Fiktion, an der Grenze also einer Bilderbuch-Utopie, ihr Ende hat — in weltanschaulich orthodox und streng regierten Länder schon weit früher.

Damit wären die Komponenten versammelt, deren Akkumulation heute die erhöhte Unsicherheit gegenüber dem Umfang und dem Inhalt der sozialen Befugnisse und Verantwortungen des Schriftstellers zur Folge hat.

V.

Zwei Wege, auf denen Schriftsteller in der Bundesrepublik gegenwärtig versuchen, sich dem Konflikt, der sich aus ihrer noch verbreiteten Sondereinschätzung und der gleichzeitigen Verweigerung einer direkten und aktuellen Wirksamkeit ergibt, zu stellen und ihn womöglich zu überwinden, will ich nun knapp beschreiben. Es handelt sich dabei zugleich um zwei Gattungsschwerpunkte gegenwärtiger literarischer Produktion: um die konkrete Poesie und das Dokumentartheater.

Die gemeinsame Ausgangslage besteht in der in Westeuropa noch weitgehend unbestrittenen Autonomie, sprich Auftragslosigkeit in bezug auf die Selbstbestimmung künstlerischer Arbeit, die, wie gezeigt, als ethisches Gebot erst ein Produkt der Künstleremanzipation des 18. Jahrhunderts ist. Eine unausbleibliche Folge dieser auftragsunabhängigen Selbstbestimmung ist die Betonung der Originalität und gar der Rückzug auf die pure Novität, die Präsentation des neuen, noch nicht dagewesenen Kunstwerks als Rechtfertigung der eigenen Tätigkeit.

Dies ist eine Not, aus der sich leicht auch eine Tugend machen läßt: die Verantwortung für

die Erneuerung der allgemeinen Sprachzustände. In solchem Zusammenhang liegt es nahe, die Pionierleistung des Schriftstellers bei der Aufdeckung und Sprengung konventionell verfestigter Sprachnormen zu betonen und die modellhafte Erneuerung des allgemeinen Verständigungsmediums *Sprache* als seinen besonderen, öffentlichen Auftrag zu bestimmen. Ich nenne Helmut Heissenbüttel stellvertretend für eine größere Anzahl von Schriftstellern, die eine Veränderung der Sprachfähigkeit und also die Erweiterung des Denk- und Sprechvermögens sich zur Aufgabe gesetzt haben.

Hier setzt sich unter mancherlei Verwandlungen eine idealistische Sprachtheorie bis ins 20. Jahrhundert fort, der sich schon die Romantiker bei der Fertigung von inhaltsoffener, purer Klang- und Echo-Poesie bedienten: das Vertrauen in die Einheit oder die Reunion von Sprach- und Erkenntnisvermögen und die Hoffnung darauf, das produktive Ingenium des Schriftstellers vermöchte durch die Erfindung oder mindestens durch die Konstellation überraschender Sprachfügungen verschüttete Wahrheiten aufzudecken und bislang nicht

faßbare aussprechbar und kommunikabel zu machen. Die dazu nötige Destruktion der erkenntnisverstellenden Sprachklischees wird freilich heute mit ungleich strengerer, atomistischer Gründlichkeit betrieben. Wie die Romantiker aber in ihrer Klangpoesie mit Vorliebe auf eine vermeintlich ursprüngliche Volkssprache zurückgriffen, um die eigene subjektive Phantasie möglichst zu überschreiten, so wird im heutigen Einmann-Sprachlabor möglichst das Integral der Umgangssprache statistisch sortiert oder nach den Regeln der Mengentheorie gruppiert, um die Subjektivität des modernen Sprachkonstruktors zu überlisten.

Helmut Heissenbüttel hat die meiste Mühe darauf verwandt, eine Theorie und also eine öffentliche Rechtfertigung für dieses Laborieren mit der Sprache zu liefern. *Konkrete Poesie* soll nicht mehr der Träger von eingegebenen Bedeutungen sein, weil nur eine legitime Wissensüberlegenheit des Autors solche Bedeutungsvorgabe rechtfertigte. Gerade weil dieser vormals grundsätzlich vorausgesetzte Erkenntnisvorsprung des poetischen Genies von einem gewissenhaften Autor heute abgewiesen werden muß, hat dieser Autor sich ebenso strengen Objektivierungsmaßnahmen wie der Wissenschaftler zu unterwerfen. Heissenbüttel teilt denn auch zwischen Wissenschaft und Dichtung Aufgabenbereiche auf, versucht aber — und da beginnt denn doch die Selbstverteidigung des alten Verkünderanspruchs — beide Tätigkeiten so einander zuzuordnen, daß dem Wissenschaftler die Ordnung des Erkannten, dem Schriftsteller dagegen die Erschließung der Erkenntniswege und die Veränderung des Erkenntnisvermögens als Aufgabe zufällt. Man sieht: dies ist der Versuch, mindestens den erkenntniskritischen Primat der Dichtung, den Joyce und Musil zäh verteidigten, zu erhalten.

Die Mutmaßung, in solchen Argumenten rationalisiere sich ein verdeckter oder nicht erkannter Zunft-Egoismus, richtet sich nicht nur darauf, daß hier womöglich ein altes Vorrecht seine späte Neubefestigung erfahren soll. Die gegen Heissenbüttel und gegen eine ganze Reihe von Vertretern der konkreten Poesie vorgebrachten Vorwürfe gleichen in bemerkenswertem Maße denjenigen, die heute gegen die zweckfreie Wissenschaft und in behender Verallgemeinerung nicht selten gegen die gesamte Grundlagenforschung gewandt werden. Immerhin können die Elaborate konkreter Poesie und auch die Entwürfe einer topologischen Prosa — etwa Jürgen Beckers „Felder“ und „Ränder“ — mit den experimentellen Ergebnissen eines Laboratoriums der

Kernphysik oder der Gehirnforschung verglichen werden, die womöglich anderwärts unabsehbaren praktischen Wert erhalten. Unter dieser Perspektive verlieren schnellfertige Urteile über eine mangelnde Publikumsbezogenheit dieser Literatur viel von ihrem Gewicht.

Dieter Wellershoff hat neuerdings in seinen Essays über „Literatur und Veränderung“ den Realitätsbezug aller schriftstellerischen Arbeit dadurch schärfer zu bezeichnen versucht, daß er sie der Simulationstechnik experimenteller Wissenschaft, insbesondere in der Raumfahrtforschung, verglich. Für den Autor wie für den Leser eröffnet Literatur, so meint Wellershoff, „ein Spielfeld für ein fiktives Handeln, in dem man ... die Grenzen seiner praktischen Erfahrung überschreitet, ohne ein wirkliches Risiko einzugehen“. Ein einfaches Beispiel: „Der Leser eines Abenteuerromans läßt sich auf die waghalsigsten Unternehmungen ein, weil er weiß, daß er dabei nicht umkommen wird.“ Lakonischer ist unser literarisches Vergnügen an tragischen Gegenständen tatsächlich nie auf den Begriff gebracht worden. „Gegenüber der etablierten Lebenspraxis“ — so Wellershoff — „vertritt also die Literatur die unausgesprochenen und verdrängten Möglichkeiten des Menschen ... und bedient damit offenbar Bedürfnisse nach mehr Leben, nach weiteren und veränderten Erfahrungen, die gewöhnlich von der Praxis frustriert werden.“ Das ist eine alte, auf das heutige Vokabular geschickt zugeschnittene Definition des Mehrwerts von poetischer gegenüber direkt zweckbezogener Literatur. Wieder wird hier, wie vormals, der Dichter zum Ausspäher, Versammler und Exerziermeister neuer und reicherer Lebenserfahrungen. Freilich mit einem wichtigen Vorbehalt, der den Nimbus des Außerordentlichen klug einschränkt: Der Simulator von Lebenserfahrungen hat es leichter als jeder realiter Handelnde; er darf allenfalls im Sprachmaßstab, muß aber nicht im Lebensmaßstab auskosten, was er sich und seinen Lesern an physischen wie intellektuellen Abenteuern und als Lehrmeister der Bewußtseins-erweiterung zumutet.

Zweierlei Einwände gegen die so verstandene soziale Hilfestellung der Experimentalliteratur sind jedoch heute bedenkenwerter als um 1800, wo sie in der Formel der progressiven Universalpoesie erstmals ihre theoretische Rechtfertigung fand.

1. Experimente und Versuchsanordnungen entspringen nicht, wie die Schöpfungsästhetik und die Wissenschaftstheorie des 19. Jahrhunderts glauben machen konnten, allein unmittelbarer Inspiration oder den Naturgegebenheiten des behandelten Gegenstandes. Sie ent-

springen auch — manche meinen heute: nur — unerschwerlichen Rechtfertigungs-, Überzeugungs- oder Beherrschungsinteressen. Die Poeten der Romantik hielten damit in Sachen der Poesie keineswegs hinter dem Berge. Nichts weniger als das „ganze verkehrte Wesen“ der Welt meinte Novalis mit der Kraft der Poesie verbannen zu können, und mit nicht geringerer Macht sollte auch Eichendorffs poetisches „Zauberwort“ die Natur selbst sprechen und damit erkennbar machen. Diese Poeten glaubten freilich auch an den absoluten Erkenntnisvorsprung der poetischen gegenüber allen anderen Formen der Einsicht. Wir sahen bei Heissenbüttel gerade diese Vorstellung erhalten in einer Zeit, in der sie mit größerem Recht als um 1800 bestritten werden kann. Deshalb ist hier wie in der weithin isoliert und spezialisiert betriebenen Grundlagenforschung heute ein schärferes Regulativ, mindestens eines der Selbstkontrolle, notwendig, um das Experimentieren vor purer Innovations- und Veränderungstrance zu schützen. Sonst tritt an die Stelle des begründet wichtigen, neuen Textes der chaotisierende Terror von Texten, die bloß Interesse beanspruchen, weil sie neu sind — eine Art literarischer Konsumzwang mit immer kürzerem Saisonwechsel, der das ermüdende Publikum entgegen der eigenen Theorie nur zur Resignation oder zu jähem Wechsel literarischer Moden anleitet.

2. Ungeklärt, wengleich Behauptung und Gegenbehauptung sich jagen, ist die Frage nach dem Verhältnis der spielerisch-experimentellen Literatur zur praktischen Umgangssprache und allgemeiner zur Lebenspraxis der Gesellschaft, der sie vorgesetzt wird. Die Frage, die auch Wellershoff anschnitt, lautet grob gesprochen: Trägt derlei Literatur Muster des praktischen Handelns vor, leitet sie zu kritischem Handeln an oder reagiert sie Handlungsimpulse ab? Zwischen dem ersten und dem zweiten Modus, der Verhaltens-Suggestion oder der Erziehung zur Kritik, wissen wir heute die sprachlichen und ästhetischen Praktiken hinreichend zu trennen, und wir kennen die gefährlichen Machtmittel, die der poetischen Suggestionssprache innewohnen. Ob aber poetische Literatur schlechthin ein direktes praktisches Handeln stimuliert oder absorbiert, das ist eine nicht gelöste, und, wie ich am zweiten Beispiel zeigen möchte, eine zwangsläufig aporetische, mithin im strengen Sinne nur demagogisch verwendbare Frage.

Tatsächlich haben Mißtrauen und Unsicherheit in der Einschätzung der realen Wirkungsmöglichkeiten schöner Literatur am lärmenden Abzug der Literaten vom Parnaß nicht geringen Anteil. Immerhin führt der Zweifel

an der Wirkung von noch so kritischer oder satirischer Dichtung auch nach ernsthafter Selbstprüfung Autoren immer wieder dahin, der poetisch-vieldeutigen Schreibweise zu entsagen zugunsten einer möglichst unmittelbaren Dokumentation sozialer Realitäten und damit zur Betätigung eines direkten politischen, sozialen, humanen Engagements. Dabei legt der eingangs dargelegte Konflikt heute den literarischen Partisanenkampf näher als die agitatorische Bekräftigung des schon Anerkannten und Legitimen. Das ist in Ländern mit einer verfestigt sozialistischen Gesellschaftsordnung im Prinzip nicht anders als in kapitalorientierten Systemen.

Rolf Hochhuth und Peter Weiss haben ein solches Dokumentationsethos entwickelt, das ihnen gebietet, zugleich genau und parteilich die Mißstände und Verbrechen der Zeit dem Tribunal einer breiten Öffentlichkeit, exakter gesagt, eines Theater-, Rundfunk-, Fernseh- und Lesepublikums auszusetzen. Wer an Hochhuths erste Erprobungen eines neuen politischen Theaters oder an die über Dutzende von Fernsehstationen verbreitete „Ermittlung“ von Peter Weiss denkt, wird sich erinnern, daß Mitte der sechziger Jahre kein anderes Instrument eher geeignet war, die öffentliche Diskussion und auch die Selbstanalyse der Kriegsverbrechen unter vielen beteiligten Völkern neu zu erwecken und (für Monate) wirksam zu fördern.

Einen Sprung nach vorn, und einen sehr problematischen, machte Weiss dann mit dem Versuch, nicht vergangene Ubel zur Nachbetrachtung aufzustellen und damit allenfalls paradigmatisch deren Fortbestehen anzuprangern, sondern gegenwärtige Ubel beim Schopf zu nehmen und mit einer verschärften Agitationstechnik zu ihrer praktischen Beseitigung aufzufordern. So mit dem „Lusitanischen Popanz“ und, wiederum einen Schritt direkter, mit dem „Viet Nam Diskurs“. Er setzte sich dabei, wie er selbst in seinen „Notizen zum dokumentarischen Theater“ vermerkt, ein Fernziel, das bereits die Agitpropliteratur seit den späten zwanziger Jahren und zuvor schon die Expressionisten aufgestellt hatten: nämlich in Fabriken, Schulen und Sportarenen den „proletarischen“ Massen die Notwendigkeit solidarischen Handelns unmittelbar vor Augen zu führen.

Der Mißerfolg dieses Konzepts beruht nur zum Teil auf dem Umstand, daß sich in einer pluralistischen Gesellschaft die Massenbasis für solche Veranstaltungen nicht ohne weiteres herstellen läßt. Das Dilemma dieser Literatur wurde vielmehr dort am deutlichsten, wo eine solche Basis andeutungsweise vorhanden zu

sein schien, nämlich bei der Aufführung des Vietnam-Stückes in der Berliner Schaubühne am Halleschen Tor, vor einem mindestens revolutionär stimulierbaren Publikum und mit Hilfe von Schauspielern, die zu agitatorischem Spiel in allem Ernst bereit waren. Besonders im Zweiten Teil mit seinen zu direktem Befreiungskampf aufrufenden Texten versetzte das Stück nicht nur das Publikum in eine ziellose Rage gegen die bloße Texthandlung, es trieb vor allem die Schauspieler selbst in einen ausweglosen Widerspruch. Sind wir angesichts eines Stückes, mußten sie sich fragen, das uns so rigoros die Notwendigkeit der Tat verkünden läßt, noch berechtigt, zum zweiten oder zehnten Mal die Befreiung Vietnams zu spielen, wenn wir hernach nicht sofort die Befreiung Vietnams an Ort und Stelle praktisch betreiben?

Weiss selber war vorsichtig genug, seine Theaterstücke als ein *Modell* der Praxis von dieser selbst abzuheben. Es zeigte sich aber, daß dort, wo — wie in dieser Aufführung — von der Literatur ein unvermittelter Praxisbezug erstrebt wurde, diese Literatur sich selbst, gerade beim bestgemeinten Agitationsspiel, überflüssig macht, weil die Akteure wie die Agitierten das Vehikel Kunst schließlich für einen Umweg oder gar eine Schwelle vor der Praxis halten müssen. Dies aber ist früher oder später das Geschick aller Poesie und Prosa, die sich vor allem anderen als Instrument direkter politischer Agitation und Aktion verstehen will. Sie drängt aus der Kunst heraus und kann dann freilich durch angemessenere, das heißt, direkt handlungsanweisende Texte ersetzt werden.

Wenn deshalb Peter Weiss seinem Stück in einem anderen literarischen Genre einen unmittelbaren Erfahrungsbericht, nämlich „Notizen zum kulturellen Leben der Demokratischen Republik Viet Nam“, nachschickte, so verfuhr er nur besonnen, indem er damit zugleich sein Stück vor einer falschen Verwertung stärker absicherte. Freilich setzte er sich mit dieser Art von schriftstellerischer Tätigkeit auch entschlossen über den Schutzzaun hinweg, hinter dem sich der Poet seine relative Unangreifbarkeit zu bewahren suchte.

Wer deshalb nun glaubt, den Partisanen leichter jagen zu können, weil seine Meinungen schwarz auf weiß belegbar sind, der tut gut daran, abzuwägen, daß mit diesem Schritt — das gleiche Thema auf dem Podest des Schriftstellers und als Publizist abzuhandeln — eine erwünschte Klärung sich vollzieht, der man Nachfolge wünscht.

Literarische Gattungen nach ihrem Wirkungskreis abzusondern, war nicht nur eine Forde-

rung der aufklärerischen Poetik, sondern schon eine Regel der Gebrauchsliteratur in der scheinbar kunstarmen, in Wahrheit wortmächtigen Reformationszeit. Damit wird die Verantwortung des Dichters auf einen besonderen Spielraum literarischer Freiheit eingeschränkt, derselbe Autor kann jedoch in seiner politischen Verantwortung wie jeder Bürger beim Wort genommen werden. Der Partisan ist damit auf dem Wege, neben anderen eine wichtige *Berufspflicht*, nämlich die der öffentlich bekundeten politischen Stellungnahme und Aktivität, wahrzunehmen.

Günter Grass hat diese Trennung bisher am energischsten theoretisch begründet und praktisch demonstriert. Sie ist womöglich geeignet, den Schriftsteller von morgen stärker zu entkrampfen als es heute noch denkbar scheint. Den zeitkritischen Romanen und Stücken von Grass, zuletzt dem Doppel-Opus „Davor“ und „Örtlich betäubt“, hat man mangelnde Eindeutigkeit der politischen Stellungnahme, eine Beschränkung auf bloße Diagnostik, vorgeworfen. Was immer man diesen beiden Werken vorwerfen kann — dies ist sicher einer der unangemessensten Vorwürfe. Denn Grass wählt hier, und noch ausdrücklicher in seiner Lyrik, die poetische Schreibart und damit eine Schreibart der Anspielung, des vielfältigen Deutungsangebots. Derselbe Grass ist in seinen Wahlkampfreden, in seiner Wahlhilfe-Organisation ein politisch agierender Bürger, der an Eindeutigkeit und Entschiedenheit seiner politischen Interessen, wie immer man sie beurteilt, nichts zu wünschen übrig läßt. Dies hat nicht zuletzt Martin Walser, der in politischen Angelegenheiten gewiß nicht sein Gefolgsmann ist, ihm als die Fähigkeit, an die Stelle des gesellschaftskritischen Rituals eine angemessene politische Praxis zu setzen, erst vor Jahresfrist im „Kursbuch“ 20 rückhaltlos bescheinigt.

Was das „gesellschaftskritische Ritual“ angeht, zu dem zum Ärger Martin Walsers sich ein guter Teil heutiger Schriftsteller noch verpflichtet sieht, so habe ich seine historischen Vorbedingungen auszuleuchten versucht. Die Lösung aus umgrenzten Arbeitsaufträgen und die Übernahme des umfassenden Auftrages, für alle Menschen gleicher Zunge Vorsprecher in ihren wichtigsten Lebensfragen zu sein, hat dem Künstler zwischen feudalen, bürgerlichen und proletarischen Gesellschaftsklassen zu einer Autonomie verholfen, die aller früh- und hochmarxistischen Klassentheorie widerstreitet. Mindestens seit dem 19. Jahrhundert galten für den Künstler im Allgemeinbewußtsein und zuvor schon faktisch nachgerade andere Rechte als für jedes andere Mitglied der Ge-

sellschaft. Von ferne kann man das mit der Doppelung von kanonischem und profanem Recht im Mittelalter vergleichen, die auf einer besonderen, lange Zeit auch geistigen Vormachtstellung der Geistlichen beruhte. Von seinen Rechten hat der Dichter als Dichterstürst, als Dandy, als Bohemien auch sozial den äußersten Gebrauch gemacht. Dem Anspruch auf besondere Vorrechte entsprach jedoch nicht — wie für den mittelalterlichen Geistlichen — eine besondere obrigkeitliche Sicherung. So hat der Mangel eines eingegrenzten Platzes in der modernen Gesellschaft den Schriftsteller auch in besonderem Maße schutzlos gemacht und entsprechend empfindlich gegen öffentliche Kritik.

Inzwischen spricht übrigens manches dafür, daß die intellektuelle Jugend, gleichfalls — wenn auch mehr aus Not als aus Lust — aus speziellen Gesellschaftsaufträgen entlassen, den von den Künstlern geltend gemachten Anspruch auf zweierlei Gesetz sich übereignet hat. Auf sich gezogen hat sie freilich damit auch die gleichen Reaktionsneurosen von Obrigkeit und öffentlicher Meinung.

Was die Schriftsteller angeht, so ist wiederum der Fall des fürwahr nicht extremistischen Günter Grass besonders sprechend. Man muß sich nur eine Seite von Leserbriefen im „Spiegel“ aus der Wahlkampfperiode von 1969 vorhalten, um zu sehen, daß man auch heute noch nicht ungestraft als Schriftsteller unter Bürgern wandeln kann. Kein Beamter, kein Arbeiter und nicht einmal ein Wirtschaftsmagnat würde so viele hitzige Verdächtigungen auf sich ziehen, wenn er sich — etwa in Wahlkampfzeiten — in der Öffentlichkeit politisch betätigte. Diese Gereiztheit ist der Preis, mit dem die Schriftsteller einstweilen noch ihre Sonderstellung von ehemals zu bezahlen haben.

Diese oft allergische Mischung von Aufmerksamkeit und Unmut, die man einem politisch sich betätigenden Schriftsteller entgegenbringt, ist nur abzubauen, wenn auch von seiten der Öffentlichkeit das vielfach unbewußte Vorurteil abgelegt wird, daß der Dichter oder Schriftsteller mit dem Weltgeiste auf besonders vertrautem Fuße stehe und also auch

eine *besondere politische Verantwortung* trage. Es gibt, so meint es wohl auch unser Grundgesetz und schon die Weimarer Verfassung, *keine politische Verantwortung* des Schriftstellers, die sich von der aller anderen Bürger abhöbe. Wer sie fordert, befestigt nur den von der „Kunstepoche“ her noch zäh sich haltenden Begriff von der Außerordentlichkeit des Dichters unter den Menschen. Er entstand, wie ich zu zeigen suchte, nicht unnützerweise, aber er ist heute für die Betroffenen selbst, wie immer sie ihn unwillkürlich weiterpflegen, eher eine Last geworden.

Dagegen ist eine *besondere öffentliche Verantwortung* des Schriftstellers tatsächlich zu umschreiben. Dabei handelt es sich aber nicht um eine individuelle, sondern um eine berufsspezifische, also arbeitsteilige Verantwortung innerhalb der Gesellschaft. Sie resultiert aus dem Umstand, daß die Arbeit des Schriftstellers darauf angelegt ist, Publizität zu gewinnen. Was er schreibt, und sei es auch ein persönliches Liebesgedicht oder eine Erfahrung mit seinen Nachbarn, das ist, so bald es gedruckt wird, dazu bestimmt, Tausende von Lesern zu erreichen. Sagt er im Fernsehen seine persönliche Meinung, spricht er unter Umständen zu Millionen. Nimmt er auf diesem Wege seine Bürgerrechte wahr, so tritt allerdings die Publizität, die er sich als Schriftsteller gewinnen konnte, als Multiplikator seiner öffentlichen Wirksamkeit mit ins Spiel, und dieses besondere Gehör, das ihm seine Berufsarbeit verschafft, läßt ihm tatsächlich auch eine besondere öffentliche Verantwortung auf.

Der Beruf, nicht nur Verfertiger, sondern auch Kommunikator von Vorstellungen, Anschauungen, Meinungen und Phantasiegebilden zu sein, verpflichtet ihn in einer Zeit, in der die technischen Mittel, in die Öffentlichkeit zu wirken, sich jäh vermehren, zu einer spezifischen und von Fall zu Fall konkreten Wahrnehmung dieser Verantwortung. Nur unterscheidet sich, wie schon die Beispielreihe zeigte, in diesem Punkte keineswegs mehr der „schaffende“ Dichter prinzipiell von dem „nur“ literarisch bzw. publizistisch Tätigen, wie es die restaurativen Dichter am Ende der Weimarer Republik noch im Sinne hatten.

VI.

Aus den sichtbaren Anstrengungen heutiger Schriftsteller, dem Teufelskreis eines historischen Konflikts zu entrinnen, folgt keineswegs zwingend eine Verwischung aller Unterschiede zwischen verschiedenen literarischen Berufen

oder etwa poetischen und nichtpoetischen Äußerungsformen; wohl aber ein Abbau traditioneller Rangunterschiede zwischen ganzen Berufssparten. Was die Schriftsteller im engeren Sinne angeht, so verbindet sich ver-

ständlicherweise mit einem Prozeß der gesellschaftlichen Eingliederung das Bedürfnis nach einer sozialen Sicherung all derer, die nicht die Stars des Büchermarktes und des Fernsehgeschäftes sind. Dem entspricht deutlich die Konzeption des Ende 1970 in Stuttgart neu begründeten Schriftstellerverbandes. Schon sein Motto: „Einigkeit der Einzelgänger — Schriftsteller in der Arbeitswelt“, verspannt die Schriftstellergeschichte der letzten beiden Jahrhunderte mit einer neuen Einschätzung der öffentlichen Rolle, die die heutige Gesellschaft dem Schriftsteller zumessen soll. Nicht mehr als das gute oder schlechte „Gewissen der Nation“, aber auch nicht als Randfiguren der Holzverarbeitenden Industrie wollten die dort versammelten Schriftsteller sich selbst verstehen, geschweige denn verstanden wissen.

Hier scheint eine Gelenkstelle zwischen der „Kunstepoche“ mit allen ihren immer krasser gewordenen Abbauneurosen und einer Epoche nüchterner, wenn auch darum keineswegs konfliktfreier Sozialpartnerschaft der Schriftsteller innerhalb der gesamten Gesellschaft erreicht. Es verdient alle Aufmerksamkeit, daß dieser Schritt gleichzeitig von zwei Seiten her erfolgt ist. Erstmals haben sich nicht nur diejenigen Autoren, die der Öffentlichkeit kaum bekannt sind und deren karge Einkünfte sie natürlicherweise zu Interessenten eines Schutzverbandes machten, sondern auch diejenigen, die im Licht stehen und deren Auflagen sechsstellig sind, zu einem genossenschaftlichen Berufsverband ausdrücklich und aktiv bekannt. Und erstmals hat — noch im Jahrzehnt des „Pinscher“-Odiums — derjenige Politiker, dessen Funktion es ist, die Richtlinien der Politik zu bestimmen, vor Schriftstellern deren berufsspezifische und politisch wünschbare Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit umrissen.

Brandt war gut beraten, die Distanz bewußt zu halten, die den Schriftsteller von der unmittelbar praktischen Betätigung auch des Politikers trennt. Nur dank dieser Distanz kann in der Tat der Gewinn aus einem konfliktreichen historischen Prozeß gewahrt werden, in dem die Schriftsteller ungebeten, aber genötigt, die Kritik der sittlichen Normen und der praktischen Verhaltensweisen der Gesellschaft sich zur Aufgabe machten. Auch darin, daß er dem Schriftsteller die Sorge für das Niveau des allgemeinen Sprachgebrauchs als seine anteilige Pflicht an der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten zumaß, hat Brandt nur eine von Lessing bis zu Heissenbüttel reichende Tradition aufgenommen. Aber er hat darüber

hinaus auch jene neuerlich gesteigerte Verantwortung bezeichnet, die sich aus der Expansion aller Publikationsmedien für den Schriftsteller als politisch handelnden Bürger herleitet: In den für die gesamte Gesellschaft jeweils wichtigsten Angelegenheiten komme es den Schriftstellern zu, die politische Ignoranz einzudämmen durch vervielfachte und verbreitete Stimmen der vernünftigen Aufklärung.

Schöne Worte und Wünsche zur Eröffnung eines neuen Arbeitsverhältnisses zwischen den Schriftstellern und der Öffentlichkeit in einem Lande, aus dem seit anderthalb Jahrhunderten mehr Schriftsteller in den Elfenbeinturm oder ins Ausland emigrierten als ihm gut tat. Man wird die schönen Worte und Wünsche nicht schon für Tatbestände nehmen. Auch der Kanzler kann allenfalls die *Richtung* der Politik angeben, und ob die Schriftsteller allesamt und mit einem Schläge nunmehr vernünftig reden, steht dahin, und die Frage ist, ob das überhaupt zu wünschen sei. Doch ein besonders wichtiger Bereich, in dem den Schriftstellern öffentliche Verantwortung zugemutet oder auch übertragen werden könnte, ist durch die Gunst der Stunde, nämlich durch den gerade abzuschließenden und kontroversen Polenvertrag, auf derselben Stuttgarter Tagung zur Sprache gekommen, und er verdient, eigens bedacht zu werden.

Gleichviel, ob jedes Dichterwort schon an sich ein „Sesam öffne dich“ zu einer verschütteten Lebenswahrheit ist: Die letzten Jahre haben gezeigt, daß Schriftsteller über die Grenzen der Blöcke hinweg noch ihren Dialog führen können, wenn die heißen und die kalten Drähte der offiziellen Beziehungen verwickelt, brüchig oder tot daliegen. Von Land zu Land und zwischen den verschiedenen bezifferten „Welten“ den Dialog aufrechtzuerhalten, wenn selbst die Notenwechsel der Regierungen stocken, und Brücken der Verständigung und der gegenseitigen Aufmerksamkeit dort aufzubauen, wo mächtige Interessenten die Bevölkerung ganzer Länder in verkrusteten Ideologien samt deren Sprachregelungen befangen halten, das könnte die Hauptaufgabe der Schriftsteller werden in einer Zukunft, in der viele Völker auf näheres Zusammenleben angewiesen sind, ohne schon eine gemeinsame, überregionale Sprache gefunden zu haben.

Dabei könnte sich herausstellen, daß auch die *Dichter*, die sich selbst, nach einer schwindelnden Berg- und Talfahrt ihres sozialen Nimbus während der letzten beiden Jahrhunderte, lieber hinter dem Titel Schriftsteller, Stücke-

schreiber, Literaturproduzent verschanzen, Leute sind, die heute und morgen noch gebraucht werden und die deshalb nicht mehr auf dem Absatze kehrt machen müssen, wenn man sie bei ihrem Namen nennt. Denn in einer Welt, in der die Kommunikation zwischen denen, die Recht suchen und denen, die es besitzen, aber auch die sprachliche Kommunika-

tion ganzer Völker untereinander mit der wirtschaftlichen und technischen Entfaltung nicht Schrift hält, haben auch die Dichter genug zu tun. Dabei könnte das alte Wort von der *poetischen Lizenz*, die dem Dichter das sonst Verpönte oder Unterdrückte in prägnanten Bildern zu sagen erlaubt, einen neuen und guten Klang gewinnen.

Zur gesellschaftlichen Rolle des heutigen Schriftstellers

Die Berufsposition eines Gesellschaftsmitglieds, dessen Selbstbewertung immer die Bewertung durch andere widerspiegelt, gilt heute als eines der Hauptkriterien seiner sozialen Einschätzung durch die Mitmenschen. An die jeweiligen innerhalb einer Prestigehierarchie unterschiedlich plazierte Berufspositionen sind unterschiedliche soziale Normen geheftet, die sich als Erwartungen an das Verhalten des Betroffenen geltend machen — und zwar nicht nur als Erwartungen an sein Verhalten im eigentlichen Berufsbereich. Diesen Rollenerwartungen, die keine totalen Verhaltensfixierungen vornehmen, sondern den Verhaltensspielraum mehr oder weniger scharf abgrenzen, kann sich kaum einer entziehen. Sie sind mit negativen Sanktionen (Strafen bei Nichterfüllung), aber auch positiven Sanktionen (Belohnungen bei Erfüllung) verbunden. Dabei ist der Grad der Fremdbestimmung der unterschiedlichen Rollen in unserer Gesellschaft höchst verschieden: Die gesellschaftliche Macht eines „Rollenspielers“ drückt sich in dem Maße aus, in dem er anderen gegenüber die eigene

Rolle als verbindlich festsetzen und den anderen ihr Drama vorschreiben kann¹⁾.

Wie steht es mit der Bewertung und dem Inhalt der Rolle des Schriftstellers in der bundesrepublikanischen Gesellschaft? Unter Schriftsteller soll hier verstanden werden der „qualifizierte“, sich hauptsächlich belletristisch (keineswegs im Sinne eines unpolitischen Schöngeistes) betätigende Autor im Unterschied zum Verfasser von Trivalliteratur oder von Sachbüchern. Akzeptiert man ihn in seinem Beruf und trägt man Erwartungen an ihn heran — eine Bedingung seiner gesellschaftlichen Integration? Kann er die soziale Rolle, die ihm vorschwebt, durchsetzen? Die soziale Verortung eines Gesellschaftsmitglieds, die Rolle, die ihm zugemutet wird oder die es sich selbst geben kann, prägt seine Vorstellung von und seine Einstellung zur gegebenen Gesellschaft — wie umgekehrt seine Vor- und Einstellungen seine gesellschaftliche Verortung beeinflussen. Die folgende kurze Rollenanalyse des Schriftstellers soll einen Beitrag liefern zur Beschreibung seiner prekären sozialen Situation in der bundesrepublikanischen Gesellschaft.

I. Rollenerwartungen an den Schriftsteller

Allen einschlägigen empirischen Untersuchungen zufolge ist die Ausbildung eines Menschen die zentrale Variable für sein Leseverhalten²⁾. Es scheint berechtigt zu sein, in bezug auf das potentielle soziale Beziehungsfeld des Schriftstellers, d. h. hinsichtlich derjenigen Gesellschaftsmitglieder, die Erwartungen an ihn haben könnten und für ihn deshalb „Gesellschaft“ wären — und dazu gehören potentiell alle, die lesekundig sind —, nach bildungsmäßig Unterprivilegierten und Privilegierten zu unterscheiden. In einer groben Operationalisierung wären die „Bildungsunterschichten“, im großen und ganzen diejenigen mit Volksschulabschluß, von den „Bildungsoberschichten“, denen mit Hochschulreife und auch Hochschulabschluß, zu trennen. Neben dem größeren, anonymen Publikum halten sich im Beziehungsfeld der Autoren weitere, ihnen näherstehende Gruppen auf, nämlich die Gruppe der Vermittler, die in unserem Zusammenhang fast

ganz ausgeklammert bleiben soll, und die Gruppe der Künstlerkollegen.

1. Erwartungen der Bildungsunterschichten

Abgesehen vom Kochbuch und vom Buch aller Bücher, nimmt ca. ein Drittel der Gesamtbevölkerung überhaupt nie ein Buch zur Hand. Dagegen erreicht die sogenannte Heftchenliteratur ca. drei Viertel der Bevölkerung, ergänzt durch Illustriertenliteratur. Da heiratet in den Bergen der Graf die schöne, arme Waise; da gibt der erfolg- und freizeitreiche Jungindustrielle in seinem Privatjet ausge dehnte Kostproben seiner Lendenkapazität: Die sprachlose Frustration der Unterschichten wird in dieser Lektüre zu Wünschen programmiert, die mit eben dieser Lebensersatzlektüre gerade so weit scheinbefriedigt werden, daß der Konsument ungeduldig das nächste Heft

¹⁾ Vgl. dazu D. Claessens, *Rolle und Macht*, München 1968.

²⁾ Vgl. z. B. G. Schmidtchen, *Lesekultur in Deutschland*, in: *Börsenblatt für den deutschen Buchhandel*, 24. Jg., Nr. 70 (30. 8. 1968), S. 1997 ff.

zur Hand nimmt, um sich, von seiner eigenen Misere abgelenkt, mit dem nächsten Helden zu identifizieren. Wenn man davon ausgeht, daß die Kunst „auf der Schwelle zur Tat lebt“, so entfremdet gerade diese Literatur von der Kunst, indem sie ihre unterprivilegierten Leser in Passivität gefangenhält und, mit Unterhaltung Enthaltung einübend, deren potentiell emanzipatorischen Wünsche entschärft oder gar nicht aufkommen läßt.

Befragungen dieser Leser ergeben heute, daß sie im Durchschnitt nicht wissen, *wen* sie lesen, dafür aber, *wovon* sie lesen. An den Namen des Autors ihres Lesestoffes bzw. an sein Pseudonym erinnern sie sich in der Regel nicht, eher noch an den Titel, ganz bestimmt aber an den Helden ihrer Traumwelt und seine Konstellationen, die sie mit ihm und in ihm durchlebten. Das läßt die Vermutung zu, daß es heute für sie den Schriftsteller als einen in der und für die Gesellschaft Produzierenden so gut wie gar nicht gibt, daß sie Erwartungen nicht an den *Schreiber*, sondern nur an *Geschriebenes* richten, welches ja, wie die Ankündigung gewöhnlich suggeriert, „das Leben selber schrieb“. Für einen Leser von Trivialliteratur, der vergißt, daß er liest, der eins wird mit dem Helden, der mit dem Lesen Realität unmittelbar vollzieht anstatt sie als falsch oder richtig, gut oder schlecht gestaltet und vermittelt erkennt³⁾, muß der Autor in den Hintergrund treten. Hinzu kommt, daß die einzelnen Romane gewöhnlich keine eigene Handschrift verraten, in Handlungen und Helden beliebig austauschbar sind, einzelne Autoren für den Leser also nicht zu erkennen oder wiederzuerkennen sind. Ständige Wiederholungen schaffen das Maß an Vertrautheit, das nötig ist, sich der immer wieder bestätigten und gleichzeitig immer wieder enttäuschten Leser zu versichern.

Von einem beträchtlichen Teil der Gesellschaftsmitglieder erfahren die Schriftsteller offensichtlich keine Rollenerwartungen. Was die qualifizierten Autoren anbelangt, so werden sie nicht etwa gering eingeschätzt als Folge der Nichterfüllung eines Rollenansinens, etwa im Sinne der Traumfabrikation, sondern ihnen wird gar kein Status, gar keine Funktion zugeteilt. Man kennt sie nicht und weiß höchstens von ihnen, die Arbeitszeit und Freizeit nicht trennen können, daß sie nicht „richtig“ arbeiten und demnach so etwas wie Parasiten sein müssen.

Hinsichtlich der Selbstfindung und Selbstbewertung eines Gesellschaftsmitglieds wiegt ge-

sellschaftliche Isolierung im Sinne einer sozialen Standortlosigkeit sicher schwerer als eine nur niedrig bewertete Position, die einem zumindest das meist erwiderte Gefühl der gesellschaftlichen Zugehörigkeit gestattet. Sind demgegenüber die bürgerlesenden Schichten den Schriftstellern bei ihrer Statussuche behilflich?

2. Erwartungen der Bildungsoberschichten

Bis heute scheint die sogenannte Allgemeinbildung, die in beträchtlichem Ausmaß literarische Bildung beinhaltet, als Integrationsfaktor und gemeinsames Statussignum der Gesellschaftsmitglieder zu fungieren, die sich einerseits durch die Qualifikation ihrer Berufe vom gesellschaftlichen Durchschnitt abgehoben wissen, andererseits aber durch die zunehmende Spezialisierung ihrer Berufe von ihren ranggleichen Statusgenossen entfremdet fühlen. In dieser Allgemeinbildung erkennt und honoriert man sich als Seinesgleichen und grenzt sich gleichzeitig nach unten ab.

Für einen täglich feiertäglichen Gebrauch einer literarischen Bildung, die statussymbolisierend als „Schleppsäbel akademisch ausgebildeter Experten“⁴⁾ herumgetragen wird, sind eigentlich nur Dichter bedeutungsvoll, die akademisch hoffähig geworden sind, die unbestritten das Tor der Weltliteratur passiert haben, also tot sind. An diesen toten Dichtern, so scheint es, mißt der literarisch allgemeingebildete Bürger die lebenden Schriftsteller.

Hier ist es nötig, einen Blick auf die Kulturvermittlungs-(und Statusverteilungs-)Instanz Gymnasium zu werfen, insbesondere den Deutschunterricht, der, seit der Weimarer Zeit nicht wesentlich verändert und erst seit kurzer Zeit ein Begleitthema der Schulreform, für viele die erste und letzte Beschäftigung mit belletristischer Literatur bringt — Erwachsene, die aus der Literatur zitieren, zitieren damit meist auch ihre Schul- und Jugendzeit — und das Bild des Dichters meist für ein Leben lang prägt. Zwei unterschiedliche, aber aufeinander angewiesene Aspekte bestimmen offensichtlich das teilweise bis heute vom Deutschunterricht vermittelte Bild des Dichters, Aspekte, die in ihrer eigentümlichen Verbindung auch in die heutige bildungsbürgerliche Rollenzumutung an den lebenden Schriftsteller eingehen.

Schlagwortartig ausgedrückt bestimmt das Bild des Dichters einerseits die Vorstellung einer vom Fluidum der Irrationalität umgebenen Individualität, einer gesellschaftlich exterritorialen Einzelpersönlichkeit, die Frei-

³⁾ Zum „literaturgemäßen Handeln“ s. H. N. Fügen, Die Hauptrichtungen der Literatursoziologie und ihre Methoden, Bonn 1964, Teil A.

⁴⁾ H. P. Bahrdt, Gibt es eine Bildungselite?, in: atomzeitalter 5/1962, S. 125.

heit und gleichzeitig, beinahe beängstigend, Einsamkeit und existentielle Problematik signalisiert, andererseits die Vorstellung einer abgeklärten, zeitenthobenen Monumentalität, die, von der Kulturgeschichte selig gesprochen, in einer Art von „divinatorische(m) Verhältnis ... zur Wahrheit“⁵⁾ steht. Indem die Schule diese aus, wie es oftmals heißt, „begnadeten“ und „zerrissenen“ Seelen emporgestiegene Wahrheit zu einer dauernd gültigen entaktualisiert und entpolitisiert, scheint sie bei denen, die sie „ins Leben“ entlassen hat, eine Einstellung zu begünstigen, die im „Dichterwort“ ein erhebendes, aber unverbindliches Beiwerk zur Feierabend-, Familien- oder Betriebsfestkultur im Gegensatz zur tagtäglichen, weniger humanen Berufspraxis sieht.

Es würde hier zu weit führen, zu diskutieren, inwieweit in der Schule, auf dem Wege über Dichterautoritäten, Folgsamkeit und andere, evtl. lebenslängliche Tugendmuster eingeübt werden, inwieweit die Schulklassik einschüchtert anstatt emanzipiert⁶⁾. Hier soll gefragt werden, inwieweit Momente eines meist in der Schulzeit verinnerlichten Rollenbildes vom Dichter auch in den Erwartungen an lebende Autoren enthalten sind. Werner Bergengruen, der selbst noch, im Gegensatz zu den meisten seiner jüngeren, häufig politisch engagierten Kollegen, ziemlich uneingeschränkt unter den bildungsbürgerlichen Begriff des „Dichters“ fällt, erfaßt zutreffend den Doppelaspekt der zeitgenössischen Rollen- und Statussituation des belletristischen Autors: Er steht „von alters her in einem überlieferten, von Bildungsvorstellungen, aber doch auch von Gefühlsbewegungen genährten Ansehen. Freilich tut das im Grunde nur der idealische, nicht der empirische, also nicht immer der einzelne, lebende Dichter; immerhin fällt ein kleiner Abglanz, wenn das Glück sehr gut ist, auch auf ihn“⁷⁾. Diesem Aspekt der überhistorischen Monumentalität korrespondiert der einer der sozialen Kontrolle in gewissem Maße enthobenen Individualität. Dem Dichter wird, auch außerhalb seiner Kunstübung, manches verziehen, was gewöhnlich Sterblichen meist scharfe negative Sanktionen einbrächte. Der kleine Teil des Publikums, der, wie Bergengruen schreibt, „vom Vorhandensein von Dichtung und des Dichters überhaupt Notiz

nimmt“, ist geneigt, ihn, wenn es um sein leichtfertiges Verhältnis zu bürgerlichen Wert- und Verhaltensstandards geht, vor dem größeren und weniger gutwilligen Publikum in Schutz zu nehmen, d. h. ihm einen Schutz zu gewähren, den gerade Mitglieder dieses großen Publikums bei Verletzung bürgerlicher Normen nicht erwarten können. „Wem räumt denn die Welt aus freien Stücken Privilegien ein? In erster Linie doch dem Ungefährlichen, dem Schwachen, dem nicht gänzlich Ernstgenommenen. Nur einen solchen stellt man gewissermaßen unter Naturschutzrecht, nur einen solchen erkennt man, gewisse Grenzen vorausgesetzt, in seinen nun einmal gegebenen Eigenschaften und Eigentümlichkeiten an ... Hier haben wir den Revers der goldenen Schau- und Ehrenmünze. Die Privilegienuerkunde (des Dichters) ... offenbart sich als Freibrief im Sinne der Narrenfreiheit.“⁸⁾

Es macht die prekäre Situation dieser Narren aus, daß man einerseits von ihnen, aufgrund ihrer sozialen Außenseiterposition, die Wahrheit der „Unabhängigen“ erwartet und daß man sie andererseits gerade als „Außenseiter“ im Sinne von Inkompetenzen abqualifiziert, wenn sie, wie es bei den profilierten Schriftstellern heute meistens der Fall ist, mit ihren Wahrheiten die Grenze des *Unverbindlichen* überschreiten wollen. Indem die „kulturtragenden Schichten“ ihre Hände schützend über die Schriftsteller halten und sie in einem gesellschaftlichen Naturschutzgebiet, im gesellschaftlichen Niemandsland ansiedeln, schützen sie sich und ihre Kultur selbst. Dabei halten sie heute die Schriftsteller und ihre Produkte weniger von *sich selbst* fern, als zumindest indirekt von den weniger privilegierten Schichten, denen gegenüber sie bis heute die Macht haben, über die verschiedenen Sozialisations- und Enkulturationsinstanzen *ihren* entpolitisierten Kulturbegriff durchzusetzen. Die Freiheit, die sie den Schriftstellern freiwillig zugestehen, ist die der Ohnmächtigen, derer, die nur dann anerkannt werden, wenn sie sich abschieben lassen.

3. Erwartungen der kontrakulturellen Eigen- gruppe

Gesamtgesellschaftlich isoliert und frustriert, stillen viele Schriftsteller heute ihr Bedürfnis nach sozialen Kontakten, Resonanz, Anerkennung und Solidarität in „Schutz-Cliquen“, in die sie sich mit ihren kontrakulturellen literarischen Konzeptionen zurückziehen⁹⁾. Zu die-

⁵⁾ E. Lämmert, Germanistik — eine deutsche Wissenschaft, Frankfurt/M. 1967, S. 36.

⁶⁾ R. Baumgart, Was soll Germanistik heute? Vorschläge zur Reform, in: J. Kolbe (Hrsg.), Ansichten einer künftigen Germanistik, München 1969.

⁷⁾ W. Bergengruen, Privilegien des Dichters, in: Abhandlungen der Klasse der Literatur der Akademie der Wissenschaften und der Literatur (Mainz), Jg. 1956, Nr. 1, S. 5.

⁸⁾ Ebd. S. 6

⁹⁾ Vgl. M. Doehle, Junge Schriftsteller: Wegbereiter einer antiautoritären Gesellschaft?, hrsg. v. H. Bilstein, Opladen 1970, S. 22 ff.

sen künstlerischen Fachgruppen gehören Schriftstellerkollegen, Maler und Intellektuelle aller Art, die, bis vor kurzem wenigstens, relativ gleichartige Erwartungen an die moderne Literatur und ihre Schöpfer herantrugen, vereint im hauptsächlich mit literarischen Mitteln geführten Kampf gegen die „verlogenen heilen Leitbilder“ der Bildungsschichten, die glauben, daß die Welt, mit ihrer Hilfe, in Ordnung sei und nur einige Schriftsteller und andere Freunde der Kloake Unruhe hineinbrächten¹⁰⁾. Bezüglich eines politischen Engagements der Literatur herrschte allem Anschein nach ziemlich übereinstimmend und leidenschaftslos die Meinung, daß es zwar erwünscht sei, aber keineswegs unabdingbar.

Während der politischen Diskussionen in und zwischen diesen intellektuellen Zirkeln wurde in der letzten Zeit die Existenz des literaturproduzierenden Schriftstellers heftig in Frage gestellt, und zwar nicht nur die des Produzenten einer sich im Klassenkampf vermeintlich nicht engagierenden Literatur. Der Vorwurf, verloren zwischen den Klassen zu schweben, von der Befreiung der unterdrückten Klasse abzulenken oder sie nicht wirkungsvoll genug zu unterstützen, ungewollt Vergoldungsarbeiten für die Herrschenden zu leisten oder ihnen zum falschen Alibi der pluralistischen Toleranz zu verhelfen — diese Vorwürfe treffen die Literatur als solche und alle diejenigen, die nicht von ihr lassen wollen: „Auch das beste Agitprop-Gedicht ist stets schlechter als der Stein am Helm des prügeln den Polizisten, die Maulschelle für den Nazikanzler Kiesinger, die Besetzung eines Werkes oder Instituts.“¹¹⁾ Die einschlägigen Publikationen sind voll von Rechtfertigungsversuchen der Schriftsteller, die Literatur und politische Aktion verbinden wollen. Sie wehren sich gegen die Genossen,

die ihnen das Recht auf ihre heutige literarisch-politische Existenz aberkennen und ihnen ausgerechnet damit zum richtigen Klassenstandpunkt verhelfen wollen. „Klassenstandpunkt — den verschaffen ihm allerdings auch kleinbürgerliche Revoluzzer nicht, die die Ursachen einer Verlegenheit in der individuellen Produktion des Schriftstellers selbst suchen und mit dieser abschaffen zu können glauben. Was sich hier umstürzlerisch äußert, ist nur bürgerliches Klassenschuldbewußtsein. [...] Weil unsere Revoluzzer sich als Kinder der Bourgeoisie schämen, möchten sie die individuelle Produktion des Schriftstellers als typisch bürgerlich abschaffen, und zwar für die Arbeiter und Angestellten gleich mit, die nach Jahrhunderten der Bevormundung und Sprachlosigkeit doch erst zum privaten und individuellen Ausdruck ihrer kollektiven Bedürfnisse gelangen sollen. [...] den Individuen der unteren Klassen [wird] verweigert, was man selbst lange und bis zur Sinnlosigkeit, zum Ekel genossen hat.“¹²⁾

In seiner Rolle als Literaturproduzent ist also der Schriftsteller auch in seiner Eigengruppe, die bisher inmitten der großen Gesellschaft von Ignoranten oder Abweisenden die Hauptstütze seiner sozialen Identität war, verunsichert. Die soziale Isolierung der Schriftsteller im Sinne des Fehlens einer gesellschaftlichen Status- und Funktionszuschreibung, im Sinne eines „Überflüssig-“ oder „Entbehrlichseins“ ist fast total, ein Zustand, der u. a. wohl auch für ihre verbreiteten seelischen „Berufskrankheiten“ verantwortlich ist. Wie steht es nun mit den Chancen der Schriftsteller, nicht wegen ihrer Tätigkeit sozial ausgesperrt, sondern mit dieser gesamtgesellschaftlich integriert zu werden?

II. Rollenangebote der Schriftsteller und die Bedingungen ihrer gesellschaftlichen Integration

Schriftsteller, die nicht als Lieferanten von Dekorationen, sondern, wie die meisten heutigen, insbesondere jüngeren Autoren, bewußtseins- und gesellschaftsverändernd wirken wollen¹³⁾, die nicht das Dasein verklären, son-

dern über das gegenwärtige politisch-soziale Dasein aufklären wollen, müssen und wollen das Getto ihres sozialen Zwischenzustands verlassen; denn nur in der Gesellschaft, d. h. allgemein wahrgenommen und akzeptiert als Träger bestimmter Funktionen, können sie mit irgendeiner Erfolgsaussicht gegen die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse angehen, nicht außerhalb. Nun werden sie aber ge-

¹⁰⁾ Vgl. Der Zürcher Literaturstreit, in: Sprache im technischen Zeitalter, H. 22/1967.

¹¹⁾ Uwe Timm, Die Bedeutung der Agitprop-Lyrik im Kampf gegen den Kapitalismus oder Kleinvieh macht auch Mist, in: J. Fuhrmann u. a. (Hrsg.) Agitprop, Lyrik, Thesen, Berichte, Hamburg o. J. (1969), S. 211.

¹²⁾ H. P. Piwitt, Schriftsteller — über, unter oder auf dem Strich?, in: konkret, Nr. 23 vom 5. 11. 1970.

¹³⁾ Vgl. M. Doehle, a. a. O., S. 28 ff., 81 ff.

rade auch deshalb sozial ausgesperrt und damit unschädlich gemacht, weil in ihren „Rollenangeboten“ an die Gesellschaft die Entwürfe von Gegenwirklichkeiten enthalten sind, ein Abbau tradierter Ubereinkünfte (die oft im Namen der alten Literatur aufrechterhalten werden) und fest verzahnter Machtverhältnisse intendiert ist. Als gesellschaftliche Außenseiter haben sie die Freiheit, schöpferische Destruktion zu predigen; ihr Sanktionsrisiko besteht nicht darin, wie bei anderen Gesellschaftsmitgliedern, daß sie mit Abstrichen ihres Ansehens und ihres Status rechnen müssen — sie haben ja keinen —, sondern eben darin, daß sie von den über die Macht- und Kulturapparate Verfügenden mit dem abschätzigen Hinweis auf ihre Außenseiterposition in die Schranken der gesellschaftlichen Wirkungslosigkeit verwiesen werden. Die Freiheit des Schriftstellers besteht darin, Narr, und nichts anderes, zu sein. Deshalb braucht man ihn gerade dann, wenn er es ernst meint, nicht ernst zu nehmen.

Wie können Schriftsteller aus ihrer gesellschaftlichen Isolierung herausgelangen? Hauptsächlich dadurch, daß sie „ein Erfolg“ sind. In diesem seltenen Fall steigen sie aus einer statuslosen Anonymität zu dem hohen, aber instabilen Individualstatus der Prominenz auf, der im Unterschied zum üblichen Positionenstatus nicht an Ausbildung und Herkunft, sondern an den einzelnen Namen gebunden ist. „Ruhm“ ist die einzige soziale Belohnung, die der Schriftsteller heute erhalten kann. Nun bedeutet aber Erfolg zu einigen Teilen ein Zeichen der „Bewährung“, des erwartungsgemäßen, „richtigen“ Verhaltens. Wenn man davon ausgeht, daß der Großteil der Bücherleser seine Lesebereitschaft davon abhängig macht, ob er in seinem „guten Geschmack“, seinem Recht auf festliche, mit einem Schuß von Schlüpfrigkeit versehene Unterhaltung und in seinem Bedürfnis nach Lebenshilfe und nach „konstruktiver“ Kritik bestätigt wird, so wird erklärlich, daß kaum eines der „destruktiven“, aggressiven Bücher der Literaturavantgarde, die selten ihre Leser ungeschoren lassen, auf den Bestsellerlisten erscheint. Ebenso erklärlich ist es, daß die Großverlage, die an der Ware Buch verdienen müssen, nur solche Autoren aufwendig „aufbauen“ und mit ihnen den Markt monopolisieren, die dem größeren Leserpublikum die Illusion vermitteln, kulturell auf der Höhe ihrer modernen Zeit zu sein, und den Erfolg der meistgekauften Autoren mit deren „Qualität“ erklären. Wer nicht annähernd so schreiben will, wie der Markt und seine Lücken es verlangen, bleibt entbehrlich.

Die oft leichtfertig geäußerte Vermutung, daß das soziale Entwurzeltsein des Künstlers, seine Unbehaustheit eine notwendige Voraussetzung seiner schöpferischen Originalität sei, zieht nicht in Betracht, daß es die heute mangelnde gesellschaftliche Nachfrage nach geistiger und handelnder Originalität ist, die diese in die sozialen Randbezirke verweist. Heute kann sich, sozial abgeschieden, Originalität, die immer eine Bedrohung der bestehenden Normen darstellt, trotz einer originalitätsfeindlichen Umgebung in gewissem Maße entwickeln. Es ist aber durchaus ein gesellschaftlicher Zustand denkbar, der, indem er sie nachfragend fördert, der „destruktiven“ schriftstellerischen Originalität einen zentralen gesellschaftlichen Platz einräumt, sie also integriert, ohne sie dabei zu zerstören. Der Schriftsteller wäre sozial domestiziert, aber damit nicht zur Ruhe gebracht, sondern zur schöpferischen Unruhe aufgefordert, die durch Anerkennung belohnt wird.

Die Bereinigung der sozialen Situation der Schriftsteller setzt eine Veränderung der Gesellschaft, ihrer Wert- und Machtsysteme voraus. Mit seinem Wunsch aber, zu dieser Veränderung beizutragen, befindet sich der Schriftsteller als einzelgängerischer Literaturproduzent in einer fast ausgeweglosen Lage — und wenn er, wie Günter Grass auf der ersten Tagung des Verbandes deutscher Schriftsteller im November 1970, die goldenen Zeiten einer Integration, die nicht einfach Verdauung durch die Gesellschaft, sondern Veränderung in der Gesellschaft meint, nur deshalb schon heute für gekommen wähnt, weil Männer wie Heine mann und Brandt zur Zeit an der Spitze des westdeutschen Staates stehen, so läßt sich diese Art euphorischer Wahnvorstellung eigentlich nur mit dem Frustrationsstau derer erklären, die früher als „Pinscher“ (Erhard) titulierte, so schnell nicht aufhören werden, „im Gegensatz zu dem Lebensgefühl der breiten Schichten unseres Volkes“ (Kiesinger im März 1969) zu stehen. Mit einem solchen Vorwurf gegenüber den Schriftstellern sprach Kiesinger sicher sehr viel eher im Namen eines Volkes, das unter langjähriger manipulativer Anleitung von oben dazu neigt, sein derzeitiges „Lebensgefühl“ für das naturgegebene und damit einzig mögliche zu halten, als Brandt auf dem Schriftstellerkongreß, wo er den Schriftstellern die Funktion eines „kritischen Korrektivs“ antrug und sie in seiner Eigenschaft als Politiker um Hilfe bat, „damit nicht abermals die Vernunft an der Ignoranz scheitert“.

Walter Benjamin hat es, durchaus im Sinne der zeitgenössischen Autoren, als eine der wich-

tigsten Aufgaben der Kunst bezeichnet, „eine Nachfrage zu erzeugen, für deren volle Befriedigung die Stunde noch nicht gekommen ist“¹⁴⁾. Damit hat er, gerade für heute gültig, darauf hingewiesen, daß eine emanzipatorische Nachfrage in einer Gesellschaft nicht von selbst entsteht, in der die zunehmend expandierende Kulturindustrie sich der Apathie der Konsumenten gegenüber den emanzipierenden Zügen der Kunst erfolgreich versichert.

Durch die Gründung des Verbandes deutscher Schriftsteller (Juni 1969) deutet sich längerfristig für die Autoren eine gewisse Möglichkeit an, ihre der Gesellschaft bisher vergeblich unterbreiteten Rollenangebote — im Sinne der Normendestruktion als einer Voraussetzung der sozialen Innovation — durchzusetzen, auch gegen die Statusinteressen derer, die ihre Ordnungsvorstellungen als allgemein gültig ausgeben können, die anstatt der von ihnen zu einigen Teilen verantworteten Gegenwart die

¹⁴⁾ Zit. nach K. Maase, Germanistik — völkisch oder für das Volk, in: *kürbiskern* 2/1970, S. 279.

gegenwärtige Literatur als anstößig empfinden. Die Gründung des Verbandes signalisiert „das Ende der Bescheidenheit“ (Böll) — wobei das Wort Bescheidenheit Freiwilligkeit dort assoziiert, wo es hauptsächlich nur der aus dem Bedürfnis nach Selbstrespekt entspringende Euphemismus für die bisherige objektive Ohnmacht der Schriftsteller ist. Welche Form die notwendige „Einigkeit der Einzelgänger“ (Böll) auch annimmt: Es wird für die Schriftsteller darauf ankommen, sich nicht durch die bereits angelaufenen Entschädigungsstrategien der Multi-Media-Konzerne pazifizieren zu lassen, sondern die Grundlagen ihrer schriftstellerischen Rollenselbstbestimmung in der Gesellschaft zu legen durch die Erzwingung von *Mitbestimmung*¹⁵⁾ — die nicht nur „Mitmachen“ bedeutet — in der Kulturindustrie, einer Mitbestimmung darüber, was Kultur und wozu sie da ist.

¹⁵⁾ Zur Problematik der „distributiven“ und „partizipatorischen Disziplinierung“ s. C. Offe, Das politische Dilemma der Technokratie, in: C. Koch, D. Senghaas (Hrsg.), *Texte zur Technokratiediskussion*, Frankfurt/M. 1970, S. 160 f. u. 169 f.

Sprache in politischer Rede

I. Die Vergleichbarkeit der Texte

Die beiden Reden, die im Anhang nach dem Wortlaut im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 17. April 1968 (Nr. 49, S. 393 f.) abgedruckt sind, wurden am 13. und 14. April 1968 über Rundfunk und Fernsehen gehalten; Anlaß für beide Reden waren die Studentenunruhen, zu denen es nach dem Attentat auf den SDS-Chefideologen Rudi Dutschke am 11. April in den Städten Berlin, München, Frankfurt, Hamburg, Köln, Kiel, Göttingen, Kassel, Stuttgart und Eßlingen gekommen war.

Für die Rede des damaligen Bundeskanzlers Kiesinger wie des damaligen Bundesjustizministers Heinemann sind also eine große Menge wichtiger Variablen gleich: beide Redner gehören demselben Entscheidungsgremium (der Bundesregierung) an und sprechen demnach aus derselben Position der Verantwortung; Medien und Publikum sind bei beiden gleich, ebenso die angesprochene politische Situation; gleich ist ferner die Absicht, mit der Rede unmittelbar auf die politische Situation einzuwirken — im Bulletin steht beide Male das Wort „Appell“ im Untertitel. Diese Identität der Bedingungen läßt den Schluß auf eine gleichartige Intention der Reden zu, nämlich irgendwie die „Ruhe im Lande“ wieder herzustellen. Man kann demnach ohne zu große Vereinfachung behaupten, der Unterschied dieser beiden Reden könne eigentlich nur darin liegen, wie und mit welchen Mitteln ein wenigstens äußerlich ähnlicher politischer Zustand zu erreichen ist.

Diese optimale Vergleichbarkeit beider Reden ist der einzige Grund, weshalb ich sie hier analysiere. Für die zwei Politiker waren sie vielleicht nur Pflichtübungen, die für sie an Wichtigkeit und Tragweite den Handlungen, die sie in diesen Tagen ausführten und veranlaßten, weit nachstanden. Für den Politologen enthalten die Reden kein neues Programm, keine unerwartete Aussage; für ihn sind sie Funktionselemente in einem politischen Gesamtsystem von Handlungen, in dem sie einen beschränkten Stellenwert haben. Für die Kommunikationswissenschaftler stellen die Reden

ebenfalls Funktionselemente in dem Gesamtsystem politischer Information dar, mit dem die Hörer und Zuschauer von Rundfunk und Fernsehen, die Leser von Zeitungen etc. täglich konfrontiert werden. Allerdings nehmen sie hier einen höheren Stellenwert ein, denn direkte Appelle von Bundeskanzler und Bundesjustizminister an die Hörer sind selten, geben ihnen das Bewußtsein, angesprochen und gemeint zu sein und politisches Gewicht zu haben. Um so folgenreicher ist die Wirkung der Reden auf das Bewußtsein dieser Hörer anzusetzen.

Normalerweise ist der Hörer nicht angesprochen, die Politiker reden zueinander und gegeneinander, geben Interviews, werden zitiert und kolportiert, ihre Reden werden zusammengefaßt, interpretiert und kommentiert: all das sind Kommunikationsvorgänge, in die der Hörer nur von außen hineinhört, obwohl er indirekt oft gemeint ist, z. B. im Interview, wo der Interviewer seine Stelle einnimmt und dem Politiker Gelegenheit gibt, den Hörer zu beeinflussen, ohne ihn anzusprechen. Das Gefährliche des Interviews liegt in dem Zutrauen, das der Hörer zur Kompetenz des Interviewers hat, das ihn dem Agon zwischen ihm und dem Politiker quasi unbeteiligt zuschauen läßt, ohne ihn zu erinnern, daß ja eigentlich immer er, der Hörer, gemeint ist. Auf diese Weise haben deutliche und unterschwellige Informationen aus Interviews für den Hörer zwar nicht das Gewicht des direkten Appells, gehen ihm aber um so unkontrollierter ein. Der an den Hörer direkt appellierende Redner muß einrechnen, daß der Hörer als Angesprochener eher seine eigenen Meinungen mobilisiert und Maßstäbe an das Gesagte anlegt, daß er kritisch ist und den Redner aus früheren Erfahrungen vielleicht ablehnt. Um so mehr muß es ihm, dem es ja um eine politisch möglichst einheitliche Wirkung geht, um eine Überwindung aller dieser Widerstände zu tun sein. Während beim Interview Manipulation schon durch die besondere Kommunikationssituation erleichtert wird, müssen demnach Appelltexte die Mittel der Manipulation verstärkt einsetzen, um dadurch den Widerstand im Hörerbewußtsein zu überwinden und zugleich das

größere Gewicht des Appells etwa gegenüber dem Interview zu erreichen: Appelle sind nicht ohne Grund „rhetorischer“ als z. B. Interviews. Wenn wir gesehen haben, daß in den beiden abgedruckten Reden die Unterschiede fast nur

noch im Wie des Appellierens liegen, so muß es möglich sein, in ihnen, wenn sie sich unterscheiden, zwei Gruppen manipulativer Elemente nicht nur zu verdeutlichen, sondern auch in ihrem Zusammenspiel zu zeigen.

II. Der Begriff Manipulation. Einschränkung der Untersuchung

Zwei Bemerkungen noch, ehe wir zur Analyse übergehen: Ich habe den Begriff der Manipulation gebraucht und mich damit der Gefahr ausgesetzt, in einem moralischen Sinne mißverstanden zu werden, den der Begriff etwa im Zusammenhang mit „Verführung“ heute oft hat. Das liegt an der häufigen produktionsästhetischen Betrachtungsweise von Texten, mit der die Textwissenschaft, immer noch an der Genielehre der Goethezeit hängend, an die Analyse von Gebrauchstexten herangeht: wo Sprachmittel ausgemacht werden, die das Bewußtsein des Hörers unterschwellig beeinflussen, ist man leicht geneigt, dies auf das moralische Konto des Verfassers zu setzen und von Manipulation im Sinne bewußter Verführung zu sprechen. Eine genauere Analyse sprachlicher Kommunikationsvorgänge ergibt jedoch, daß das breiteste Feld der Beeinflussung schon im Bereich der Benennung von Phänomenen liegt: Namen sind, wie Kenneth Burke ausführt, symbolische Handlungen, magische Befehle¹⁾.

Nun wird jedermann zugeben, daß er selbst beim Reden nur ganz selten sich darüber im klaren ist, mit den Namen für Gegenstände und Verhältnisse magische Befehle an den Gesprächspartner auszugeben — er selbst „sieht eben die Dinge so“, daß ihm diese Namen ganz natürlich als die „richtigen“ erscheinen. Wenn wir hier also, ohne die Absicht zu haben, einen Gesprächspartner vielleicht zur Annahme unserer Sichtweise auf die Gegenstände und Verhältnisse bringen, so ist nicht nur der moralische Unterton im Begriff ‚Manipulation‘

verfehlt — jede Redeweise kann auf diese Art „manipulieren“ —, sondern vor allem der ausschließlich produktionsästhetisch sich am Verfasser orientierende Ansatz.

In der Praxis unmöglich ist es andererseits, sich an der tatsächlichen Reaktion wirklicher Hörer orientieren zu wollen und daraus nun Manipulation als eine bestimmte Form ausgeübter Wirkung auszusondern: die tatsächliche Wirkung z. B. einer Rede könnte nur in einem Simulationsraum mit Testpersonen geprüft werden, die nicht (oder alle völlig gleichartig) in dem Gesamtsystem täglicher politischer Information stünden. Abgesehen davon, daß es solche Testpersonen nicht gibt, wäre das Testverfahren auf Befragung in irgendeiner Form angewiesen, und diese wiederum ist manipulativ mindestens in dem Sinne, daß sie der Testperson Dinge zum Bewußtsein bringt, die ja gerade bei einem manipulierten Menschen als unbewußt angenommen werden; durch Befragung läßt sich also nicht feststellen, in welcher Form die Manipulation im Denken und Verhalten manipulierter Menschen auftritt. Analysiert man ohne Befragung sein Denken und Verhalten, so sind die Perspektiven und Kategorien des Analysierenden nicht aus den Ergebnissen zu eliminieren: die Ergebnisse müssen also subjektiv bestimmt und demnach prinzipiell ungenau sein. Der einzig gangbare Weg muß in der Suche nach einer Art von Ergebnissen liegen, die weder rein produktions- noch rein rezeptionsästhetisch einen nicht einlösbaren Anspruch auf Objektivität erheben, sondern die sowohl auf der Seite des Anspruchs (Medium, Text, Rede) wie auf der Seite der Empfänger-Einstellung ein Spektrum von Möglichkeiten offen lassen, von denen im Einzelfall — eine bestimmte Person hört/liest einen bestimmten Text — eine einzige Kombination realisiert wird. Es gibt dann also kein einziges Ergebnis, sondern ein Ergebnis-Modell, das sich in einer Vielzahl konkreter Fälle manifestieren kann. Man müßte also auf der Sender-Seite dieses Kommunikationsverhältnisses annehmen können, daß er im einen Extrem sich völlig einer in Formeln und Klischees gefestigten Sprache (Behördensprache, Fachsprache, Soziolekt) hingibt und damit zum willenlosen Organ dieses wirklich-

¹⁾ Kenneth Burke, Dichtung als symbolische Handlung. Eine Theorie der Literatur, Frankfurt/M. 1966 (= edition suhrkamp 153), S. 9f.: „Beispielsweise sehen wir uns heute Problemen gegenüber, die aus dem Versuch resultieren, die Interessen einer freien Privatwirtschaft mit denen der Staatsbürger als Gesamtheit in Einklang zu bringen. Es ist eine Art von Magie, dieser Situation im ‚strategischen Namen‘ einer planvoll gelenkten Wirtschaft entgegenzutreten; es ist eine ganz andere, der gleichen Situation ‚im Namen‘ der Gleichschaltung zu begegnen. Magische Befehle sind immer schon in der Sprache selbst enthalten, denn der bloße Akt der Benennung eines Gegenstandes oder einer Situation setzt willkürlich fest, statuiert also, das Benannte sei als ein Dieses auszusondern und nicht als ein beliebiges Anderes.“

keitsprägenden Mediums wird, daß er im anderen Extrem Sprache bewußt verwendet, quasi in jedem Wort neu schafft und sich z. B. durch bewußte Verfremdung in seiner Sprach- und Wirklichkeitsgebung selbst kritisiert, relativiert, durchschaubar macht.

Zwischen diesen Extremen liegt dann auch die Position dessen, der Sprache bewußt einsetzt, um damit bestimmte Wirkungen zu erzielen: der Manipulierende in der moralisch untertönten Definition. Es ist aber deutlich, daß die Rede dessen, der willenslos dem Klischee anheimgefallen ist, ebenso manipulative Wirkungen ausüben kann wie die des „Manipulators“; umgekehrt ist es einem kritischen Bewußtsein möglich, die Rede des Manipulators ebenso zu durchschauen wie die des Klischeebenutzers: ob Manipulation stattfindet, hängt von der Einstellung des Empfängers im Kommunikationsverhältnis ab. Auch hier muß es möglich sein, im einen Extrem ein Leser- oder Hörerbewußtsein anzunehmen, das durch die wirklichkeitsbildenden Tendenzen bestimmter Sprachgebung vollständig eingenommen wird; im anderen Extrem ein Leser- oder Hörerbewußtsein, das einen Text nur als Material, als Ausgangsbasis für eigene, willkürliche Änderungen und Konstitutionen von Wirklichkeit betrachtet.

Während das erste Extrem einer Manipulation sehr leicht zugänglich ist, kann das zweite überhaupt nicht manipuliert werden. Nun ist allerdings zu bedenken, daß das erste Extrem durch vorhergegangene Indoktrination bereits auf eine bestimmte Wirklichkeitsperspektive fixiert ist; es wird, um seine Identität nicht einzubüßen, möglichst daran festzuhalten suchen und deshalb nicht durch jede beliebige Sprachgebung manipulierbar sein. Vielmehr müssen besondere Sprachmittel zur Verfügung stehen, um dieser Einstellung „beizukommen“; wenn sie verwendet werden, kommt Manipulation zustande. Der Begriff Manipulation hat also eine ganze Reihe von Parametern zu berücksichtigen und läßt sich im Rahmen dieser Skizze nur ganz grob als Veränderung des Bewußtseins in seinem Inhalt oder in seiner Einstellung durch bestimmte, der Primäreinstellung des Bewußtseins spezifisch angepaßte Sprachmittel definieren. Ich versuche zur Zeit eine Typologie der Kombinationen von Ansprüchen und Einstellungen zu entwickeln, die vor allem auch die „Zwischenräume“ zwischen den hier angedeuteten Extremen ausleuchtet; aufgrund dieser Typologie sind Formen der Manipulation genau zu bestimmen. Hier muß die gewonnene Arbeitsdefinition und die Andeutung des Problemfeldes genügen. Es ist jedenfalls wichtig, daß jeder, der mit nicht-literarischen Texten umgeht oder auch litera-

rische Texte von einem kommunikationswissenschaftlichen Standpunkt her betrachtet, sich mit den hier diskutierten Fragen auseinandersetzt: während man bei dem als Kunstwerk betrachteten Text die Sprache als Faktum, den Inhalt als Gegebenes auffassen kann — so wenigstens meinen es viele —, ist beim Gebrauchstext (z. B. den beiden Reden), der ja unmittelbar zweck- und aufgabenorientiert ist, nicht nur die eventuell vorliegende Intention des Verfassers, sondern vor allem auch die mögliche Auffassung durch den Hörer konstitutiv und bedingend für die Wirkung der ausgesagten Inhalte.

Die zweite Bemerkung betrifft eine Einschränkung, die im Rahmen dieser kurzen Untersuchung notwendig wird. Es ist nicht möglich, hier den Aspekt des Verhältnisses des Verfassers zum Text zu untersuchen: es wäre sicher interessant, z. B. die behördensprachlichen und bildungssprachlichen Elemente in den beiden Texten zu untersuchen und damit der Frage nachzugehen, „wie bewußt jeweils manipuliert wird“ oder umgekehrt, wie weit sich der Verfasser dem Wirklichkeits- und Erwartungshorizont anvertraut, den bestimmte Soziolekte setzen. Diese Untersuchung wäre natürlich nicht nur relevant im Hinblick auf den Verfasser, sondern vor allem auf die Möglichkeit, Hörer zum Erkennen, Extrapolieren, Ersetzen solcher sprachlichen Wirklichkeiten zu erziehen. Dies ist Aufgabe eines breit angelegten Textunterrichts und -studiums und kann hier wiederum nicht beschrieben werden.

Wir konzentrieren uns hier auf das Verhältnis zwischen Text und Leser/Hörer, und auch hier müssen wir uns auf die Beschreibung einer bestimmten Einstellung beschränken: wir setzen das Bewußtsein des Hörers der Reden hypothetisch als völlig rezeptiv an; wir nehmen an, es sei bestimmbar durch und offen für die Intentionalität aller sprachlichen Mittel und ausgesagten gedanklichen Inhalte und habe dem sprachlichen Einfluß nichts Eigenes entgegenzusetzen, was dann notwendigerweise je bestimmte Wirkaspekte der Texte abstumpfen oder wenigstens anders verwirklichen würde als im Falle des völlig „offenen“ und bestimmbaren Bewußtseins. Darstellungstechnisch hat diese Hypothese den Vorteil, daß ich mich bei der Beschreibung der kommunikativen Interaktion zwischen gesprochenem Text und Hörerbewußtsein in diesem Fall nur auf die „Aktion“ der Texte konzentrieren kann, ohne verändernde „Gegenaktionen“ des Hörerbewußtseins anzunehmen.

Die Annahme eines durchweg völlig rezeptiven Hörerbewußtseins, auf das die in den Reden programmierte Wirklichkeit unkontrolliert einwirken kann, ist natürlich nur als durch

den Rahmen dieser Untersuchung bedingte Vereinfachung zu verstehen. In Wirklichkeit werden viele Hörer, die in bestimmten Hinsichten gefestigte Anschauungen haben, wenigstens mit einigen Punkten „nicht einverstanden“ sein, an einzelnen Formulierungen „sich stoßen“. Die jeweilige Art dieses Eingreifens ließe sich typologisch genau erfassen und beschreiben, würde im Rahmen dieser Arbeit jedoch zu großen Raum einnehmen. Nicht ganz unrealistisch ist die Annahme eines völlig offenen Hörerbewußtseins jedoch aus zwei Gründen: beim Hören eines Textes ist die analytische Fähigkeit, Aussagen durch Vor- und Rückvergleiche im Kontext zu prüfen, Formulierungen in ihrer Tragweite zu erfassen, auf Prämissen und Konsequenzen durchzudenken, gegenüber dem Lesen von Texten stark reduziert; hinzu kommt die durch den gegenwärtigen Kultur- und Informationsbetrieb der Medien Rundfunk und Fernsehen geförderte oder wenigstens zugelassene weitgehend rezeptive Haltung des Publikums ihrer Sendungen, in deren Kontext diese Reden zu denken sind.

III. Intentionalität der Benennungen

Die Untersuchung einer kommunikativen Situation beginnt sinnvollerweise mit der Frage, welche Rolle der Sprecher der allgemeinen Erwartung seiner Hörer gemäß tatsächlich hat und welche Rolle er sich in seiner Rede durch sprachliche Mittel gibt. Die gleiche Frage, vom Sprecher hergestellt, würde lauten: in welcher Rolle sehen/erwarten mich die Hörer, und wie trete ich (vielleicht im Unterschied zu dieser supponierten Erwartung) ihnen gegenüber auf? Sozialwissenschaftliche Rollentheorien können hier genaue Beschreibungssysteme liefern. Wir stellen nur kurz fest, daß die „tatsächliche“, d. h. in der Erwartung des Publikums supponierbare Rolle der beiden hier zu untersuchenden Redner in der Redesituation gleich ist: sie sind die in der gegebenen Lage endgültig Verantwortlichen; diese Verantwortung verleiht ihren Aussagen zur Lage und zu notwendigen Handlungen Gewicht und Autorität. Die beiden Redner setzen sich auf verschiedene Weise zu dieser Rolle ins Verhältnis, wie sogleich zu zeigen ist.

Die komplementäre Frage zu der eben besprochenen ist: in welche Rolle werden die Hörer der Rede durch die sprachlichen Mittel gesetzt, und wie verhält sich wiederum diese dem Hörer zugesprochene Rolle zu der tatsächlichen, die ihm in der speziellen Kommunikationssituation zukommt, die also sein Selbst-

Man wird also schon auf eine medienbedingt überdurchschnittliche Rezeptivität und Inaktivität des Hörerbewußtseins schließen können. Vor allem jedoch hat der Deutschunterricht unserer Schulen (nicht nur der Gymnasien) es bisher weitgehend versäumt, den Schülern und damit den Bürgern der Bundesrepublik das Bewußtsein der Programmierung von Wirklichkeit durch Sprache, die Fähigkeit zum kritischen Hören und Lesen, die Fähigkeit zum konstruktiven Widerstand gegen sprachliche Manipulation mitzugeben. Aus diesen Gründen ist leider die Annahme einer weitgehenden Beeinflußbarkeit der meisten Hörer nicht ganz unrealistisch. In der nun folgenden Darstellung wird sie jedenfalls hypothetisch angenommen. Indem wir darüber reden und reflektieren, gehen wir, d. h. Verfasser und Leser dieses Textes, allerdings schon mit einer anderen Einstellung an die in Frage stehenden Reden heran: letztlich kommt es darauf an, den zeitlichen und qualitativen Abstand zwischen Rezeption und Reflexion so klein wie möglich zu machen.

verständnis begründet und von der der Redner „eigentlich“ ausgehen müßte? Der Hörer hat hier die Rolle dessen, dem gegenüber der Regierende verantwortlich und Rechenschaft schuldig ist, der aber zugleich, da er die Entscheidungs- und Handlungsverantwortung delegiert hat, bis zur nächsten Wahl und insbesondere im gegebenen Augenblick von der Beurteilung, Entscheidung und Handlung des Regierenden abhängt. Die beiden Redner setzen auch das Publikum auf verschiedene Weise ins Verhältnis zu seiner „eigentlichen“ Rolle. Wir behandeln die beiden Aspekte zusammen in jeder der Reden.

Die konzentrierteste Form der Rollenzuteilung für beide Kommunikationspartner läßt sich in der Anrede einbringen, und beide Redner haben anscheinend von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. „Meine sehr verehrten Zuhörer“ steht gegen „Verehrte Mitbürger“. Die zweite Anrede zeigt ihren programmierten Charakter deutlicher vor, die erste benennt scheinbar nur die medienbedingten Rollen des Hörers und implizit des Sprechers. Hält man jedoch alternativ eine jene Rollen ebenfalls benennende Formel wie „Meine ... Hörer“ dagegen, so zeigt sich der „magische Befehl“ in dieser scheinbar floskelhaften und neutralen Anrede deutlicher. Zuhören heißt mindestens, für die Dauer der Rede auf eigene Aktivität verzichten und sich der Aktivität des

Redners unterwerfen. Beweggrund, diese Rolle anzunehmen, kann z. B. die Kompetenz des Redners in der diskutierten Sache oder die Höflichkeit sein, die durch soziale Ubereinkunft Gesetz geworden ist.

Wer als Redner seinen Hörer aber auf diese Weise anspricht, verweist ihn auf Beweggründe, die ihm den Verzicht auf eigene Aktivität nahelegen und an die Person oder Rolle des Redners gebunden sind: zugunsten seines Redens sollen die Hörer zuhören, auf eigene Aktivität, auf Bewußtsein eigener Kompetenz verzichten. Verglichen mit der „eigentlichen“ Rolle der Hörer in dieser Kommunikationssituation ist diese sprachliche Rollenzuteilung unvollständig: sie entfernt aus der Rolle des Hörers den Anspruch auf Rechenschaft, den er gegenüber dem Sprecher hat, und sie entfernt aus der Rolle des Sprechers die Verantwortung gegenüber dem Hörer, die er als gewählter Repräsentant hat. Sie teilt dem Sprecher die ausschließliche Aktivität und Kompetenz zu und verweist den Hörer in den Verzicht auf Selbstentfaltung. Man muß allerdings berücksichtigen, daß der Sprecher die Rollen nur in einem Teilgebiet der Kommunikationssituation verteilt: an einem Rundfunk- oder Fernsehgerät zuhören ist nicht dasselbe wie politisch sich der Meinung und den Anweisungen eines Sprechers unterwerfen. Die Anrede kann also einerseits als „ganz harmlos“ und neutral aufgefaßt werden, sie kann andererseits die Metonymie (Medium für Inhalt) einer sozialen Aussage und Rollenzuteilung sein. Durch diese Unbestimmtheit wird der Hörer nicht zu dem Widerspruch gereizt, den eine eindeutige Benennung der ihm eventuell zugeteilten sozialen Rolle im Vergleich mit der ihm bewußten „eigentlichen“ Rolle hervorrufen würde; die Anrede in dieser bestimmten Kommunikationssituation versetzt ihn nur in die unklare Erwartung, die Rollenzuteilung im Bereich des Mediums könnte sich als eigentlich soziale herausstellen, wo ihm dann allerdings ungerechtfertigterweise Verzicht auf wesentliche Komponenten seiner eigentlichen Rolle auferlegt würde.

So unter die Lupe genommen, nehmen sich sprachliche Formulierungen natürlich bedeutender aus als sie sind; sie müssen immer im Kontext gesehen werden, der sie in ihrer Wirkung entweder neutralisiert oder bestätigt. Erst der Gesamtkontext einer solchen Rede läßt Aussagen über die tatsächliche Wirkung einer Formulierung auf eine bestimmte Hörer-Einstellung zu; für sich genommen ist die Wirkung einer einzigen Formulierung nur als mögliche zu betrachten. Wir müssen also, um Auskunft über die tatsächliche Rollenzu-

teilung zu bekommen, alle Formulierungen, die sich auf die Hörer und den Sprecher beziehen oder sie in irgendeiner Weise implizieren, zusammentragen und in ihrer Tendenz vergleichen.

Angeredet sind die Hörer nirgends in dieser ersten Rede. Am direktesten impliziert sind sie in drei pronominalen Formulierungen: „die Zerstörung *unserer* parlamentarisch-demokratischen Ordnung“ (als Ziel der „linksextremistischen Kräfte“) [8/9; diese in eckige Klammern gesetzten Ziffern bezeichnen die jeweilige Zeile des im Anhang abgedruckten Redetextes], „In *unserer* Demokratie“ [12] und „für *uns* ein Alarmsignal“ [38/39]: in der ersten Formulierung werden sie mit dem Redner als Besitzende gefaßt, deren Besitz durch eine kleine Gruppe zerstört werden soll. In der zweiten Formulierung wird eine besonders wertvolle Eigenschaft dieses Besitzes genannt, die nun dem Mißbrauch durch die kleine Gruppe ausgesetzt ist. In der dritten Formulierung ruft der Redner auf, sich mit ihm in dem Gefühl der Bedrohlichkeit und Gefährdung zu vereinigen.

Nicht nur da, wo der Hörer sich am ehesten angesprochen fühlen kann, sondern wo sich auch der Sprecher mit ihm solidarisiert, ist die Angst das bindende Element; die differenzierte Rollenverteilung, die eigentlich zwischen Sprecher und Hörern besteht, wird ersetzt durch ein völlig andersartiges soziales Modell, nämlich das von der durch den Trieb zur Selbsterhaltung solidarisierten Gruppe, deren Mitglieder den Forderungen dieses Naturgesetzes sich blind unterwerfen; das bedeutet aber gleichzeitig, daß derjenige, welcher diese Forderungen artikuliert und sich zu ihrem ausführenden Organ macht, metonymisch als Teil oder Wirkung des Gesetzes selbst gelten muß und den Gruppenmitgliedern absolut übergeordnet wird. In seiner Person ist das Absolute, das die Gruppe konstituiert und erhält, unmittelbar anwesend; er ist das Symbol dessen, was alle trägt, beschützt und aufhebt, was verteidigt und verteidigt werden muß.

Nun ist aber selbst bei einem „offenen“ Hörerbewußtsein nicht anzunehmen, daß dieses Modell sich ohne weiteres an die Stelle des schon vorhandenen setzt, das dem Hörer die „eigentliche“ Rolle des mitverantwortlichen Kritikers zugesteht. Es müssen ergänzende sprachliche Handlungen da sein, wenn dieser Lerneffekt erzielt werden soll. Analog zu der Verunsicherung dieses Rollenbewußtseins in der Anrede wird in der Rede selbst von „Gegenaktionen aus der Bevölkerung“ [24/25] gesprochen; ferner heißt es „Unsere Be-

völkerung erwartet" [46]: indem von ihm in der dritten Person und in einem Kollektivbegriff geredet wird, findet sich der Hörer aus der ihm anfangs zugestandenen Rolle als Zuhörer auch noch hinausgedrängt. Der Redner hebt sich aus der bisher bestehenden Kommunikationssituation heraus und redet über das Kollektiv der Hörer zu einer nicht auszumachenden Instanz oder Gruppe. Könnte der Hörer bis zu diesem Punkt sicher sein, zu der Gruppe zu gehören, die „unsere . . . Ordnung“ besitzt und dadurch gegen deren Zerstörer gefestigt und abgegrenzt ist, so muß er sich, wenn er weiterhin „dazugehören“ will, nun sogar von der „Bevölkerung“ dissoziieren, die durch Gegenaktionen wiederum diesen Besitz gefährden könnte. Damit müßte er aber auch die Rolle des mitverantwortlichen Kritikers vollends aufgeben, die mit seiner Zugehörigkeit zur Bevölkerung der BRD eigentlich gegeben ist. Wieder einbezogen in die Bevölkerung ist er als derjenige, der vom Staat die Sicherung der öffentlichen Ordnung erwartet. Akzeptiert er dies, so gehört er nicht zu denjenigen, mit denen der Redner gemeinsam „Unsere Bevölkerung“ sagen kann; er deklassiert sich damit gewissermaßen zum Besitz dieser kleinen Gruppe und verliert auf diese Weise wieder das Recht auf seine Rolle als mitverantwortlicher Kritiker. Die Unsicherheit, in die der Hörer damit gesetzt wird, macht ihn an der Rolle, die er vielleicht seither als seine eigentliche betrachtet hat, verzagen und erweckt das Bedürfnis, auf jeden Fall „dazuzugehören“, d. h. in die Gruppe derer einzuschwenken, die sich durch Parolen und gemeinsamen Besitz verbunden fühlen und sich dem Naturgesetz und seinen Exponenten völlig unterwerfen, das Selbsterhaltung, Verteidigung des Besitzes und Zusammenhalts befielt.

Für ein „offenes“ Bewußtsein ist durch diese Mittel der Lern- oder Manipulationsprozeß sicher zu erreichen. Hinzu kommt, daß der Redner gleichzeitig mit der Verunsicherung und Neuorientierung seiner Hörer sowohl sich selbst wie den protestierenden Studenten bestimmte Rollen zuteilt. In folgenden Formulierungen ist er, vom Hörer aus gesehen, mitgemeint: „kann aber das Recht zugestanden werden“ [15], „die staatlichen Reaktionen waren . . . bewußt zurückhaltend, um . . . zu vermeiden“ [17 ff.], „wurden . . . gewarnt“ [20 f.], „die Mittel der staatlichen Abwehr“ [22 f.], „ist zu befürchten“ [24], „die Bundesregierung“ [28], „Ich habe . . . veranlaßt“ [33], „der Staat“ [46] „Verschärfung der staatlichen Abwehrmittel“ [48], „ich weiß“ [50 f.], „ich warne sie“ [53].

Auffällig in dieser Serie sind die den ganzen zweiten Abschnitt des Redetextes beherrschenden Passiv- und Anonym-Formulierungen. Der Redner, der „eigentlich“ im Auftrag seiner Hörer die Verantwortung im Staat trägt und ihnen darüber Rechenschaft schuldet, spricht von Handlungen, Urteilen, Entscheidungen, ohne sich oder andere Verantwortliche als Handelnde, Urteilende, Entscheidende zu nennen: der Staat ist hier eine anonyme Institution, der die „eigentlich“ Verantwortlichen so weit untergeordnet werden, daß sie ihre handelnde Individualität verlieren. Aus dieser anonymen Größe entspringen Urteile über das Recht von Gruppen, „bewußte“ „Reaktionen“, Warnungen und Befürchtungen. Prognosen über die Handlungsweise dieses Anonymus („Mittel der staatlichen Abwehr“) können mit „zwangsläufiger“ Sicherheit gegeben werden: die anonyme Institution hat den Charakter eines naturgesetzlichen Zusammenhangs, dessen einzelne Positionen — „eigentlich“ in der Rolle von persönlich Verantwortlichen supponiert — völlig darin aufgehoben sind und nur nach außen mitteilen können, was durch diesen Apparat mit unbeeinflussbarer Sicherheit zwangsläufig geschieht und geschehen wird, wenn bestimmte Situationen eintreten.

Nachdem der Redner sich so eine andere Rolle zugeteilt hat und den Hörer nur als einen Teil einer anonymen Institution anspricht, haben auch die Ich-Nennungen im zweiten Teil der Rede eine neue Funktion: einerseits heben sie den Redner als Individuum gegen die Institution ab, andererseits zeigen sie ihn nur als Spitze dieser Institution: „Ich habe veranlaßt, daß das Bundesinnenministerium . . . mit den Innenministerien der Länder . . . deren Polizeikräfte . . .“ Der Redner teilt sich die Rolle des Exponenten einer mit naturgesetzlicher Gewalt funktionierenden Apparatur von ungeheurer Tiefenerstreckung zu. Entsprechend sind es „unvermeidliche Folgen“, vor denen er am Ende warnt. Der Kernsatz des hier vorgeschlagenen Sozialmodells lautet: „Gewalt provoziert Gegengewalt, die sich zwangsläufig ständig ausbreiten und steigern muß.“ [39 ff.]. Es ist ein quasi physikalisches System von anonymen Kräften und Gegenkräften, das mit naturgesetzlicher Mechanik abläuft und reagiert. Der Redner, der sich die Rolle eines exponierten Teils dieser Mechanik gegeben hat und aus dieser Position andererseits die Rolle des Hörers neu zuteilt, tut dies auf dem Hintergrund eines Naturzusammenhangs. Er bietet dem Hörer zugleich an, sich ebenfalls diesem Naturzusammenhang einzufügen, indem er von „unserer Demokratie“ spricht und damit die von ihm symboli-

sierte Mechanik als die Erscheinungsform dessen anspricht, was zugleich das Konstitutionsmedium der auf Selbsterhaltung gerichteten Gruppe ist.

In diesem Zusammenschluß der neukonstituierten Hörer- mit der Rednerrolle zeigt sich nicht nur, daß die Rollen genau ineinanderpassen, sondern daß zu seinem Interesse der Besitz- und Existenzverteidigung nun noch die Zwangsläufigkeit und Mechanik eines Systems kommt, das die Verteidigung sichert, indem es die Angehörigen schützt, die Widerstehenden mit naturgesetzlicher Gewalt abwehrt. Die hier vorgenommene Neuverteilung der Rollen von Redner und Hörer ist also völlig konsistent und ersetzt durch Mittel der Verunsicherung und Neubenennung das ursprüngliche Verhältnis, von dem der Hörer ausgeht. Eine „offene“ Einstellung des Hörerbewußtseins ist diesem Verfahren ausgeliefert; manipulative Veränderung des Hörerbewußtseins liegt also vor.

Wir untersuchen nun die Benennung der Rollen von Redner und Hörer in der zweiten Rede. Da die Betrachtungsprinzipien schon deutlich geworden sind, können wir hier etwas rascher vorangehen. Die Anrede „Verehrte Mitbürger“ schränkt die Rolle des Redners gegenüber der „eigentlichen“ Rolle des Regierungsverantwortlichen ein: er spricht als Bürger mit anderen Bürgern, als Gleicher zu Gleichen. Nimmt man das hier zugrunde gelegte Modell von der auf Zeit übertragenen Regierungsverantwortung auf seiten des Redners und der daraus resultierenden Berechtigung und Verpflichtung zu Kritik und Kontrolle auf seiten des Hörers an, so wird dieses Modell bereits hier in der Anrede entscheidend modifiziert: der Redner sieht von der Regierungsverantwortung ab, die ihm aufgetragen ist und über die er Rechenschaft schuldet; der Hörer verliert damit aber auch das Recht und die Pflicht, zu kontrollieren und zu kritisieren, was der Redner an Benennungen für Personen, Gegenstände und Situationen einsetzt und welche Entscheidungen und Handlungen er vorschlägt. Das Modell, das er an die Stelle des „eigentlichen“ setzt, ist das der Gleichheit unter dem Gesichtspunkt oder der Norm des Bürger-Seins, wie immer diese Norm inhaltlich zu füllen sein mag. Impliziert ist damit aber, daß er sich im Rahmen dieses sozialen Modells nicht den Hörern gegenüber verpflichtet und verantwortlich macht, sondern der Norm des Bürger-Seins — oder anders gesagt: nicht den Hörern sofern sie Menschen mit bestimmten Interessen, Bedürfnissen, Zielen sind, sondern nur, sofern sie „Bürger“ sind. Ebenso weist er damit den Hörern die Rolle zu, ihre Interessen,

Bedürfnisse, Wünsche zu vergessen und sich selbst nur gelten zu lassen, sofern sie der Norm des Bürger-Seins gerecht werden.

Diese von den Bürgern geforderte Einschränkung entspricht zunächst nicht den Bedingungen, unter denen der Redner angetreten ist und überhaupt zum Reden kommt: daß er Regierungsverantwortung trägt, ist auf die Maschierung von Interessen, Bedürfnissen, Überzeugungen aufgrund eines bestimmten Parteiprogramms zurückzuführen; jetzt davon absehen, hieße Tatsachen verschleiern. Die Berufung auf die Norm des Bürger-Seins in dem Augenblick der Kommunikationssituation setzt das bestehende soziale Modell außer Kurs, wo die Verfolgung eigener Interessen, Bedürfnisse und Ziele unter notwendiger Beeinträchtigung des „Mitbürgers“ so lange erlaubt ist, als bestimmte Grundrechte nicht allzu eklatant verletzt werden. Die Norm des Bürger-Seins ist nicht ein Grenzen-System wie das Grundgesetz, an dem nach Maßgabe seiner Interessen und Machtmittel der einzelne un bemerkt zu wenden und zu verschieben versucht, sondern ein inhaltlich gefülltes Ideal, dem sich der einzelne gegenüber verantwortlich fühlt und nach dem er seine Entscheidungen und Handlungen richtet, um ein möglichst guter Repräsentant des gemeinschaftlichen Ideals zu werden. Der Gleiche unter Gleichen strebt nach Anerkennung durch die anderen unter dem Gesichtspunkt ihrer gemeinsamen Ideale; der einzelne im bestehen Modell strebt nach Macht über andere, nach Erfolg in der Durchsetzung seiner individuellen Interessen. Da es jedoch unfein und zudem unklug ist, dies allzu laut zu bekennen, hat man sich ohnehin schon angewöhnt, in öffentlichen Situationen Gemeinsinn zu zeigen und das Allgemeinwohl zu bedenken oder sogar ganz ernstlich Minuten der Einkehr und des Seufzens über diesen Kampf aller gegen alle zu zelebrieren — wonach man frisch gestärkt weiterkämpft. Die vom Redner vorgenommene Rollen-Neuzuteilung, wie sie sich in der Benennung „Mitbürger“ ankündigt, birgt also die Gefahr in sich, von den eigentlich Betroffenen als eine solche verschleiende Schweigeminute aufgefaßt zu werden und die übrigen zu der Meinung zu verleiten, als müsse sich nun tatsächlich etwas ändern.

Die Bewährungsprobe muß die Rede selbst liefern. Zu prüfen ist erstens, ob der Redner die Reduktion seiner selbst auf den „Bürger“ durchhält, zweitens, ob der die „Mitbürger“ über das „Bürger-Sein“ in der gegebenen Situation aufklärt und vor allem angibt, wie er die „Bürger“ vor denjenigen schützt, die sich der Norm des Bürger-Seins nicht verpflichtet fühlen.

Wir prüfen zunächst die Rollenbestimmungen, die der Redner für sich und die Hörer vornimmt; auffällig sind die häufigen Gleichstellungen von Redner und Hörer: Pronomina der ersten Person Plural kommen an elf Stellen des Textes, manchmal gehäuft vor. Formulierungen wie „wir alle ... wir selber“ [66 f.] weisen genau auf das „Bürger“-Modell, wo jeder einzelne nur unter einem bestimmten Gemeinsamen Geltung hat und damit das Gemeinsame besser oder schlechter repräsentiert. Entsprechend werden Gruppen isoliert und an der gemeinsamen Norm geprüft: „wer zeigt, sollte daran denken . . .“, „junge Menschen“, „wir Älteren“, „von keiner Seite neue Erregung“, „an den Stammtischen“, „das sollten politisch bewegte Studenten begreifen“ etc. Außer der Gruppe „wir Älteren“, mit der der Redner sich identifiziert, wird keine Gruppe direkt angesprochen; alle sind in Sätzen nach dem Muster „Auch die junge Generation hat einen Anspruch darauf . . .“ zugleich (inhaltlich) angesprochen wie (grammatikalisch) durch die dritte Person distanziert.

In den auf diese Weise „näheren“ und „ferneren“ Gruppen innerhalb der Gemeinschaft aller reproduziert sich — ohne Synchronie — die Bewertung, die mit den einzelnen Gruppen am gemeinsamen Ideal vorgenommen wird. Für die Kriterien dieser Bewertung zeichnet allein der Redner verantwortlich; ich abstrahiere einige der Leitsätze: Wer bezichtigt, hat selbst Schuld; Ältere müssen mit der jüngeren Generation Kontakt halten, glaubwürdig bleiben, Kritik ernst nehmen; Gefühlsaufwallungen sind billig, aber nicht hilfreich, etc. Dem Bürger-Sein wird damit also Inhalt verliehen, aber eben von einem einzelnen, der seine persönliche Meinung als die gemeinsame erklärt. Dem Hörer ist auf keine Weise die Berechtigung abzusprechen, vieles davon für gut und richtig, aber gerade das auf ihn Gemünzte für unnötig oder gar unrichtig zu halten. Wo die Norm nicht von allen getragen wird, kann der einzelne sie nicht verbindlich setzen. Zugleich zeigt sich, daß der Anspruch, hier eine Norm für alle inhaltlich zu füllen und Beurteilungskriterien daraus abzuleiten, im Grund wieder das Verfahren der Durchsetzung individueller Interessen ist, dem nur der Schein des von vornherein Gemeinsamen verliehen wird, um die Kritik der Hörer auszuschalten — die inhaltliche Vernünftigkeit vieler Gesichtspunkte und Kriterien darf ja über das sprachliche Verfahren selbst nicht hinwegsehen lassen.

Es gibt denn auch zwei Punkte, an denen die „eigentliche“ Kommunikationssituation mit ihren Rollenverteilungen durchschlägt: „Diesen Gesetzen die Achtung und Geltung zu ver-

schaffen, ist Sache von Polizei und Justiz. Es besteht kein Anlaß zu bezweifeln, daß Polizei und Justiz tun, was ihre Aufgabe ist.“ [91—95] Hier spricht der Justizminister, der Regierungsverantwortliche, nicht mehr der Mitbürger; deshalb wendet er sich gegen mögliche Zweifel und Kritik an seiner und seiner Beauftragten Tätigkeit. Die in der Rede beschworene Gemeinsamkeit ist nur möglich auf der Basis einer gut funktionierenden Polizei und Justiz. Wichtig ist es nun, welche Aufgabe diese Organisation hat: sie soll den Gesetzen, „die wir uns selber gegeben haben“, Achtung und Geltung verschaffen. Die Gesetze, von denen die Rede ist, wurden „in der Woche vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten deutschen Länder angenommen“ (Grundgesetz, Vorwort), also zu einer Zeit, als die meisten der demonstrierenden Studenten Kleinkinder waren. Zu behaupten, es seien Gesetze, die wir uns selbst gegeben haben, ist streng genommen unrichtig und verweist wieder auf das angenommene Gemeinschafts-Modell: nur unter der Voraussetzung, daß der einzelne sein Selbst als gemeinschaftliches und nicht als individuelles versteht, kann die Gemeinschafts-Tradition als dominant über das individuelle Interesse angenommen werden. Die Benennung „selbst gegeben“ ist nur richtig, wenn nicht nur den Mehrheitsverhältnissen, sondern auch der Einstellung jedes Individuums nach alle mehr gelten als Einer.

Die Praxis des bestehenden Modells zeigt jedoch z. B. bei Grundgesetz-Änderungen, daß nicht eine Norm des gemeinschaftlichen Besten, sondern das mächtigere Interesse entscheidet, oder: daß es je nach individuellem Interesse ein anderes „Bestes“ gibt. Das „Kleid der Freiheit“ drückt bei einigen mehr als bei anderen. Die Gesetze sind demnach „eigentlich“ gesetzte Grenzen, die nur diejenigen „achten“, deren Interessen sie weitgehend gerecht werden. Ihnen „Achtung und Geltung zu verschaffen“ benennt also ganz praxisgerecht den Zwang, der auf die Entfaltung der Interessen ausgeübt wird, die sich bei der Gesetzgebung nicht durchsetzen könnten: zugleich aber fällt der Redner aus der Rolle im Gemeinschaftsmodell, die er sich gegeben hat, und verweist sich und die Hörer in ihre „eigentlichen“ Rollen zurück. Dasselbe geschieht in dem Passus über die demonstrierenden Studenten [105 bis 110]. Die „alte Erfahrung“ nennt schon in sich eine Erkenntnisquelle, die der im restlichen Text apostrophierten Sollensnorm des Bürger-Seins widerspricht. Hielte der Redner sich durchgängig an die Erfahrung, dürfte er die Norm nicht aufstellen. Die Folgebeziehung

„Ausschreitungen und Gewalttaten — gegen-
teilige öffentliche Meinung“ wird als erfah-
rungsgemäß unumgänglich dargestellt; zu den
Studenten wird „beiseite gesprochen“; sie müs-
sen die Realität nehmen, wie sie nun einmal
ist.

Diese Sprünge aus der angenommenen Rolle
zurück in die „eigentliche“ geschehen an den
Punkten, wo der Anlaß der Kommunikationssitua-
tion unmittelbar gemeint ist. Selbstverständ-
lich gäbe es auch in dem angenomme-
nen Gemeinschafts-Modell Begründungen für
die Vermeidungen von Gewalttaten und für
das Handeln von Organen, die die Ordnung
aufrechterhalten. Diese Begründungen müß-
ten in diesem Modell allerdings auf Begriffen,
Vorstellungen, auf einem Selbstverständnis
aufbauen, für die man sich nicht erst mehrheit-
lich entscheidet, sondern die bei allen Be-
teiligten „schon immer vorhanden“, völlig
selbstverständlich und deshalb zwanglos ge-
meinsam wären. Daß dies z. B. beim Grund-
gesetz nicht der Fall ist, zeigen schon die ge-

genwärtigen Tendenzen zu seiner Änderung
in manchen Punkten. Die Rollensprünge an
diesen für die Situation entscheidenden Stel-
len sind gravierend für die Wirkung der Rede
auf das Bewußtsein der Hörer: sie machen die
durch die sprachlichen Namengebungen zu-
geteilten Rollen des Redners und des Publi-
kums unverbindlich. Für das Bewußtsein z. B.
der Studenten, die als Betroffene besonders
hellhörig sind, wird die Rede damit zum Be-
schwichtigungsversuch, der trotz gegenteiliger
Beteuerung doch alles beim „eigentlichen“ So-
zialmodell lassen will; für das Bewußtsein der
andern wird die Rede zum Gedankenspiel,
wie anders alles wäre, wenn man sich einmal
in einer solchen Rolle befände — und danach
kann man getrost zur Tagesordnung über-
gehen, denn der Redner rechtfertigt das durch
sein eigenes Verhalten. Die durch die Neuver-
teilung der Rollen versuchte Veränderung
des Hörerbewußtseins bleibt fiktiv und liefert
höchstens die Sprache für eine Zweitfrisur des
Wirklichkeits- und Selbstverständnisses.

IV. Intentionalität der Bilder

Bilder wie das eben gebrauchte verwenden
auch die beiden Redner. Wir haben uns bisher
methodisch an die Untersuchung der Be-
nennungs-Strategien gehalten und auch diese
nur im Hinblick auf die Rollenzuteilung für
Redner und Hörer durchgeführt (über die
Benennung von anderen Personen, von Ge-
genständen und Zuständen ließe sich noch viel
sagen). Formen des indirekten Sprechens sol-
len in ihrer wirklichkeits- und besonders ge-
sellschaftsbildenden Funktion nun noch ange-
deutet werden. Beide Redner verwenden eine
bildliche Form gleich zu Anfang ihrer Rede:
In der ersten Rede ist es die Metonymie von
den „linksextremistischen Kräften“, in der
zweiten das Gleichnis von der zeigenden
Hand. „Kräfte“ reduziert die mit dieser Formu-
lierung gemeinten Menschen auf die Form
ihrer Wirksamkeit im politischen Leben. Diese
Reduktion des Blicks auf einen abgeleiteten
Effekt verhindert einerseits, daß der Hörer
dabei an Menschen denkt, die unter Umstän-
den berechnete Interessen vertreten, wie auch
sie z. B. auf das Interesse eingeschworen wer-
den sollen, Besitz zu verteidigen. Es wird also
durch diese Reduktion ein Nicht-Zugehöriges
gegen die Gruppe der Zugehörigen gesetzt,
das zugleich ein Nicht-Menschliches, durch die
Reduktion schon magisch geschwächtes An-
dersartiges ist. Kräfte sind unsichtbar wirk-
sam, folglich unheimlich und müssen schon

deshalb abgewehrt werden. Indem der Blick
des Hörers nicht nur im Umfang auf einen
Aspekt reduziert wird, sondern dieser Aspekt
zugleich inhaltlich gefüllt und verstehbar ist,
wird andererseits auch die Methode angege-
ben, mit der dieses Unheimliche bekämpft
werden muß: man weiß aus der Physik, daß
Kraft Gegenkraft hervorruft und übernimmt
davon in die Politik als legitimen Grundsatz:
„Gewalt provoziert Gegengewalt, die sich
zwangsläufig ständig ausbreiten und steigern
muß.“ Wo Kraft ist, ist Gegenkraft das natur-
gesetzlich gerechtfertigte Mittel, sich ihrer zu
erwehren. Die hier vorgeschlagene Gesell-
schaft funktioniert nach physikalischen Ge-
setzen; Störfaktoren werden vom System
selbst automatisch eliminiert. Alle diese Fol-
gerungen hängen von dem Sprachverfahren
der Aspektierung ab: diese Metonymie sondert
aus und macht andersartig, sie konsolidiert die
Gruppe der Zugehörigen und legt sie auf
„physikalisch-naturgesetzliche“ Formen des
Verhaltens fest, indem sie ihr einen „physika-
lischen“ Feind gibt.

Die zweite Rede enthält an ebenso prominen-
ter Stelle das Gleichnis von der zeigenden
Hand. Auch dabei läßt sich das vergleichende
Sprachverfahren und der erst dadurch kondi-
tionierte inhaltliche Wert unterscheiden. Der
Vergleich verbindet den Sach- und Bildbereich
über eine beiden gemeinsame Vorstellung,

so daß die im Bildbereich bekanntere, mit ihm erfahrungsgemäß verbundene oder ihm typische Eigenschaft dem Sachbereich erst zugelegt werden soll oder besonders an ihm zum Vorschein kommen kann. Der Bildbereich und die verbindende Eigenschaft müssen also allgemein bekannt oder verifizierbar sein. Wer einen Vergleich verwendet, bezieht sich also auf den Bereich des gemeinsam Bekannten, Vorstellbaren, Verifizierbaren und ordnet diesem auch noch den Sachbereich unter Verzicht auf dessen sonst bestehende Individualität zu. Genau diese Struktur haben wir auch in der Rollenbenennung „wir alle“ erkannt, wo der einzelne die Identität seines Selbst nicht aus seiner Individualität, sondern aus dem allen Gemeinsamen gewinnen soll.

Vergleiche haben, allgemein gesprochen, vergemeinschaftende Funktion. So ist auch der hier verwendete Bildbereich beschaffen: jeder kann mit seiner eigenen Hand das Zeigen ausprobieren und das Gesagte verifizieren. Auf der Basis dieses vergemeinschaftenden Sprachprozesses bekommt nun der Inhalt des Vergleichs seine besondere Wirksamkeit: so wie alle das Zeigen an sich ausprobieren können, so sollen „wir alle uns fragen“ und die Vorwürfe auf uns selber zurücklenken. Das Bild ist deshalb so überzeugend, weil das im Sachbereich aufgewiesene Verhältnis zwischen zeigendem und zurückweisenden Fingern sowohl neu wie unmittelbar verifizierbar ist. Das „Darandenken“, von dem in dem Bild gesprochen wird, ist eigentlich ein Entdecken. Damit erhält der vergleichende Sprachprozeß noch

V. Schluß

Ich breche die Untersuchung ab; es gäbe nicht nur noch eine Menge Material, das mit den beiden gezeigten Zugriffen analysiert werden könnte, sondern noch eine Anzahl von Zugriffen, die weitere Aspekte der Reden erschließen würden. Es ist darum gegangen, Wirkungen sprachlicher Verfahren auf eine typische Einstellung des Bewußtseins zu beschreiben, die hier so gewählt war, daß sie an der Intentionalität der auf sie wirkenden Sprache nichts verändert. Würde man eine andere Einstellung als Ausgangspunkt wählen, so müßten Modifikationen — Schwächungen, Verstärkungen, inhaltliche „Interpretationen“ — mitbeschrieben werden. Ich habe versucht, an

eine Komponente, die ihm hier die Durchschlagskraft sichert: er befiehlt nicht nur, das im Bildbereich Bewußte und Bekannte nun auch im Sachbereich zu wissen und anzuwenden, sondern zugleich das Aha-Erlebnis aus dem Bildbereich auf den Sachbereich zu übertragen. Der Redner wird zum Führer in ein neu zu entdeckendes Gebiet und schafft sich damit eine große Vertrauensbasis.

Bemerkenswert ist allerdings, daß an dem im Vergleich besprochenen Verhältnis zwischen den Fingern und den Vorwürfen „etwas nicht stimmt“: ein Zeigender denkt nicht nur nicht an die drei zurückweisenden Finger, sondern auch nicht an den Zeigefinger; wichtig ist ihm allein die Sache, auf die er zeigt. Vorwürfe, an die der Tadelnde zweifellos denkt, dürften also nicht mit dem zeigenden Finger verglichen werden, sondern nur mit dem irgendwie gesehenen, aspektierten Gegenstand, auf den gezeigt wird. Aus diesem Grunde kommt sich der Hörer, ohne beim Hören der Rede sein Unbehagen analysieren zu können, irgendwie überrumpelt vor.

Deutlich ist, wenn auch nur an diesen beiden Beispielen, daß die Wahl der indirekten Sprachverfahren — dort Metonymie, hier Vergleich — mit dem angestrebten Sozialmodell der beiden Reden in sinnvollem Zusammenhang steht. Die bewußtseinsbildende Funktion indirekter Sprachverfahren ist mindestens ebenso wirksam wie die der Benennungen, weil sich bei ihnen bereits im Verfahren, nicht erst im Inhalt, die Intentionalität niederschlägt.

einigen Punkten die Intentionalität der Sprache zum Bewußtsein zu bringen und damit den manipulativen, bewußtseinsverändernden Aspekt dieser Sprache (den sie mit den meisten Formen der Sprachverwendung gemeinsam hat) zu verdeutlichen. Mein Ziel war nicht Tadel oder gar parteipolitische Aktivität gegen die Redner — die Wahl der Texte war, wie gesagt, von der optimalen Vergleichbarkeit der Kommunikationssituation bestimmt —, sondern der Versuch, in der wachen Darstellung einer auf das schlafende Bewußtsein wirkenden Sprache die Wegspanne zu zeigen, die unsere Spracherziehung in Zukunft bei möglichst vielen Menschen überwinden muß.

Verantwortung für die Aufrechterhaltung der rechtsstaatlichen Ordnung

Warnung vor ungesetzlichen Aktionen und Gewalttätigkeiten

Appell des Bundeskanzlers zur Wahrung von Ruhe und Besonnenheit

Bundeskanzler Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger gab zu den Studentenunruhen im Zusammenhang mit dem Mordanschlag auf den Studenten Rudi Dutschke am 13. April 1968 über Rundfunk und Fernsehen folgende Erklärung ab:

Meine sehr verehrten Zuhörer!

Im Zusammenhang mit dem verbrecherischen Anschlag auf Rudolf Dutschke haben in den beiden letzten Tagen radikale studentische Gruppen in einigen deutschen Städten eine Reihe von gewalttätigen Aktionen unternommen. Diese Studentengruppen werden angeführt von kleinen, aber militanten linksextremistischen Kräften, die sich die Zerstörung unserer parlamentarisch-demokratischen Ordnung offen zum Ziel gesetzt haben. Sie haben seit langem derartige Gewalttätigkeiten propagiert und durchgeführt.

In unserer Demokratie haben die Vertreter jeder politischen Meinung das unbestreitbare Recht, diese zum Ausdruck zu bringen und für sie zu werben. Keiner Gruppe kann aber das Recht zugestanden werden, ihre politischen Auffassungen und Ziele mit Gewalt durchsetzen zu wollen. Die staatlichen Reaktionen waren bisher bewußt zurückhaltend, um unnötige Opfer zu vermeiden. Seit Wochen wurden jedoch diese Gruppen davor gewarnt, ihre ungesetzlichen Aktionen fortzusetzen, weil sonst zwangsläufig die Mittel der staatlichen Abwehr verschärft werden müßten. Darüber hinaus ist zu befürchten, daß sich Gegenaktionen aus der Bevölkerung entwickeln könnten, die zu ge-

fährlichen Zusammenstößen und Unruhen führen müßten.

Die Bundesregierung verfügt über keine eigenen Polizeikräfte zur Abwehr derartiger Störungen der öffentlichen Ordnung. Dafür sind die Länder und Gemeinden mit ihren Polizeikräften allein zuständig. Ich habe aber veranlaßt, daß das Bundesinnenministerium in ständiger Bereitschaft Verbindung mit den Innenministerien der Länder hält, deren Polizeikräfte in der Lage sind, diese Störungen abzuwehren.

Das Attentat eines keiner politischen Gruppe angehörenden abseitigen Verbrechers sollte für uns ein Alarmsignal sein. Gewalt provoziert Gegengewalt, die sich zwangsläufig ständig ausbreiten und steigern muß. Um eine solche unheilvolle Entwicklung zu vermeiden, muß sich der weit überwiegende Teil der Studentenschaft, der für die Aufrechterhaltung unserer demokratisch-parlamentarischen Ordnung eintritt, den radikalen Rädelsführern verweigern.

Unsere Bevölkerung erwartet, daß der Staat die öffentliche Ordnung sichert. Dies aber ist ohne Verschärfung der staatlichen Abwehrmittel nur möglich, wenn die radikale studentische Minderheit sich auf den Boden des Rechts zurückbegibt. Ich weiß, daß manche von ihnen härtere Zusammenstöße bewußt provozieren wollen.

Ich warne sie vor den dann unvermeidlichen Folgen, für die sie Verantwortung tragen müßten.

Ich weiß mich in der Entschlossenheit, keine gewaltsame Störung der rechtsstaatlichen Ordnung, komme sie von wem sie wolle, zu dulden mit unserem Volke einig.

Achtung vor dem Gesetz und den Grundrechten

Appell des Bundesjustizministers zur Bewahrung von Selbstbeherrschung und demokratischem Verhalten

Der Bundesminister der Justiz, D. Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, gab am 14. April 1968 über Rundfunk und Fernsehen folgende Erklärung ab:

Verehrte Mitbürger!

Diese Tage erschütternder Vorgänge und gesteigerter Unruhe rufen uns alle zu einer Besinnung. Wer mit dem Zeigefinger allgemeiner Vorwürfe auf den oder die vermeintlichen Anstifter oder Drahtzieher zeigt, sollte daran denken, daß in der Hand mit dem ausgestreckten Zeigefinger zugleich drei andere Finger auf ihn selbst zurückweisen.

Damit will ich sagen, daß wir alle uns zu fragen haben, was wir selber in der Vergangenheit dazu beigetragen haben könnten, daß ein Antikommunismus sich bis zum Mordanschlag steigerte, und das Demonstranten sich in Gewalttaten der Verwüstung bis zur Brandstiftung verloren haben,

Sowohl der Attentäter, der Rudi Dutschke nach dem Leben trachtete, als auch die elftausend Studenten, die sich an den Demonstrationen vor Zeitungshäusern beteiligten, sind junge Menschen.

Heißt das nicht, daß wir Älteren den Kontakt mit Teilen der Jugend verloren haben oder ihnen unglaubwürdig wurden? Heißt das nicht, daß wir Kritik ernst nehmen müssen, auch wenn sie aus der jungen Generation laut wird?

Besserungen hier und an anderen Stellen können nur dann gelingen, wenn jetzt von keiner Seite neue Erregung hinzugetragen wird. Gefühlsaufwallungen sind billig, aber nicht hilfreich, — ja sie vermehren die Verwirrung.

Nichts ist jetzt so sehr geboten wie Selbstbeherrschung, — auch an den Stammtischen oder wo immer sonst das Geschehen dieser Tage diskutiert wird.

Das Kleid unserer Freiheit sind die Gesetze, die wir uns selber gegeben haben. Diesen Gesetzen die

Achtung und Geltung zu verschaffen, ist Sache von Polizei und Justiz. Es besteht kein Anlaß zu bezweifeln, daß Polizei und Justiz tun, was ihre Aufgabe ist.

95

Wichtiger aber ist es, uns gegenseitig zu dem demokratischen Verhalten zu verhelfen, das den Einsatz von Justiz und Polizei erübrigt.

100

Zu den Grundrechten gehört auch das Recht zum Demonstrieren, um öffentliche Meinung zu mobilisieren. Auch die junge Generation hat einen Anspruch darauf, mit ihren Wünschen und Vorschlägen gehört und ernst genommen zu werden.

105

Gewalttat aber ist gemeines Unrecht und eine Dummheit obendrein. Es ist eine alte Erfahrung, daß Ausschreitungen und Gewalttaten genau die

gegenteilige öffentliche Meinung schaffen, als ihre Urheber wünschen. Das sollten — so meine ich — gerade politisch bewegte Studenten begreifen und darum zur Selbstbeherrschung zurückfinden.

Unser Grundgesetz ist ein großes Angebot. Zum ersten Mal in unserer Geschichte will es in einem freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat der Würde des Menschen volle Geltung verschaffen. In ihm ist Platz für eine Vielfalt der Meinungen, die es in offener Diskussion zu klären gilt.

Uns in diesem Grundgesetz zusammenzufinden und seine Aussagen als Lebensform zu verwirklichen, ist die gemeinsame Aufgabe. Die Bewegtheit dieser Tage darf nicht ohne guten Gewinn bleiben.